

**Die Senatorin für Soziales,
Kinder, Jugend und Frauen**



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Lebenslagen im Land Bremen

**Datenreport
des Senats der Freien Hansestadt Bremen
- 2011 -**

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Bremen, November 2011

Impressum

Lebenslagen im Land Bremen. Datenreport des Senats der Freien Hansestadt Bremen -2011-
November 2011

Herausgeberin

Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

Bahnhofsplatz 29

28195 Bremen

Datenreport 2011

Dr. Karl Bronke

E-Mail: karl.bronke@soziales.bremen.de

Marion Brünner

E-Mail: marion.bruenner@soziales.bremen.de

mit Unterstützung von

Renate Siegel,

Markus Grünwald

und allen Kolleginnen und Kollegen, die Daten zur Verfügung gestellt haben.

Inhalt

1. Vorbemerkungen	4
2. Zusammenfassung	5
3. Bevölkerungsdaten und –entwicklung im Land Bremen	9
3.1 Bevölkerung	9
3.2 Alter	10
3.3 Migrationshintergrund	11
3.4 Familien	12
3.5 Haushalte	13
3.6 Menschen mit Behinderungen	15
4. Einkommen	16
4.1 Arbeitsentgelte	16
4.2 Haushaltseinkommen	17
4.3 Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II	18
4.4 Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII	21
4.5 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	22
4.6 Überschuldung	22
4.7 Armutsgefährdungsquote	25
5. Erwerbstätigkeit	26
5.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	27
5.2 Atypische Beschäftigung	29
5.3 Kurzarbeit	31
5.4 Arbeitslosigkeit	32
6. Frühkindliche Bildung und Schulbildung	34
6.1 Kinderbetreuung	34
6.2 Schulabschlüsse	35
7. Wohnen	37
7.1 Kosten der Unterkunft (KdU)	37
7.2 Wohngeld	39
7.3 Wohnungslosigkeit	40
8. Gesundheit	42
8.1 Säuglingssterblichkeit	42
8.2 Kindergesundheit	43
9. Partizipation	44
9.1 Wahlbeteiligung	44
9.2 Freiwilliges Engagement	46
10. Stadt- und ortsteilbezogene Datenauswertung	47
10.1 Zusammensetzung der Bevölkerung	47
10.2 Steuerpflichtiges Einkommen	49
10.3 SGB II-Bezug	49
10.4 Bildung	52
11. Abbildungsverzeichnis	53

1. Vorbemerkungen

Der Senat hat im Jahr 2009 den ersten Armuts- und Reichtumsbericht für das Bundesland Bremen vorgelegt.¹ Beabsichtigt ist, zukünftig in jeder Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft einen solchen Bericht zu veröffentlichen.

Der hier vorliegende zweite Datenreport schreibt ausgewählte, im Bericht „Lebenslagen im Land Bremen“ enthaltene Kennzahlen für die Entwicklung von Armutslebenslagen fort und soll jährlich erscheinen. Damit ist eine kontinuierliche Datenfortschreibung gewährleistet auf die weitere Armuts- und Reichtumsberichte zurückgreifen können. Der Bremische Datenreport gliedert sich nach den Lebenslagen, die im Armuts- und Reichtumsbericht beschrieben sind. Die Betrachtung spezifischer Zielgruppen erfolgt innerhalb der Lebenslagenkapitel.

Sofern Daten verfügbar waren, führt der Report die Kennzahlen für das Bundesland Bremen, die Städte Bremen und Bremerhaven sowie auf Ortsteilebene auf.² Außerdem werden die Informationen, soweit verfügbar, nach Männern und Frauen differenziert, um geschlechterbezogene Ausprägungen zu beschreiben. Die Daten sind teilweise tabellarisch bzw. in Schaubildern dargestellt. Die sie begleitenden Auswertungen nehmen zum Teil Bezug zu den Aussagen des Armuts- und Reichtumsberichts 2009.

Die „Rohdaten“ für die verwendeten Kennzahlen sind in einem Anhang³ zusammengestellt, je nach Verfügbarkeit vom Jahr 2000 an. Für einige Kennzahlen, die im Armuts- und Reichtumsbericht bzw. im Datenreport 2010 aufgeführt werden, liegen in diesem Jahr keine aktuellen Daten vor. Auf deren Darstellung wird daher hier verzichtet.⁴ Sobald aktuelle Werte vorliegen, sollen die Kennzahlen in die künftigen Berichte aufgenommen werden.⁵

¹ SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen -2009-

² Einige Daten liegen für die Stadt Bremen, jedoch nicht für die Stadt Bremerhaven und folglich nicht für das Land Bremen vor.

³ Der Anhang ist im Internet unter <http://www.soziales.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen69.c.9900.de> zugänglich.

⁴ Die vorhandenen Werte befinden sich jedoch im Anhang. Es handelt sich um die Bevölkerungsprognose für das Bundesland Bremen, den Anteil der Mietkosten am Haushaltseinkommen, den Anteil von Kindern mit Entwicklungsauffälligkeiten, den Anteil der Frauen, deren Lebensunterhalt überwiegend durch Angehörige gesichert wird.

⁵ Zu einigen Lebenslagen wäre es wünschenswert, neue Indikatoren aufzunehmen, wie zum Beispiel die Umweltbelastungen (Lärm, Luftverschmutzung) im Bereich Wohnen. Dies ist jedoch nicht immer möglich, weil diese Daten nicht auf Ortsteilebene vorliegen und daher z.B. keine Aussagen zu Verknüpfungen von ökologischen Belastungen und materieller Lebenslage möglich sind.

2. Zusammenfassung

Der Datenreport 2011 schreibt die im Armuts- und Reichtumsbericht 2009 und im Datenreport 2010 verwendeten Kennzahlendaten fort. Soweit vorhanden werden Daten für 2010 ausgewiesen, ansonsten vielfach 2009 bzw. auch Daten aus dem Jahr 2008.

Ein besonderes Augenmerk ist auf die wirtschaftliche Entwicklung zu legen, die sich auf den Arbeitsmarkt und die Einkommen der Erwerbstätigen auswirkt. Ökonomische Krisen wie die des Jahres 2009 haben einen besonderen Einfluss auf die Menschen. In diesem Report soll der Niederschlag der Krise ebenso wie der Aufwärtstrend auf die Entwicklung von Armut und Reichtum in Bremen betrachtet werden.

Der Bremer **Arbeitsmarkt** zeigte im Jahr 2008 zunächst eine positive Tendenz. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse (am Wohnort) stieg bereits seit 2005 wieder an und erhöhte sich bis 2008 um über 12.000 auf 200.813. Im Jahr 2009 ist ein leichter Rückgang auf 199.851 (-962) zu verzeichnen, stieg dann aber in 2010 auf 202.464 Beschäftigungsverhältnisse an. Auch die Arbeitslosenquoten sanken in 2008 auf 12,6 Prozent im Land Bremen, 11,4 Prozent in der Stadt Bremen und 18,3 Prozent in der Stadt Bremerhaven. **Im Jahre 2009 zeigten sich jedoch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise: Die Arbeitslosenquote stieg um 0,5 Prozentpunkte auf 13,1 Prozent an, 2010 sank sie dann auf 12,0 Prozent.**

Die Anzahl der **Zeitarbeiter/-innen**, die sich bei zurückgehenden Aufträgen als erste verringert, ging nach einem deutlichen Anstieg bis 2008 von 8.327 auf 6.968 im Jahre 2009 zurück, **stieg aber in 2010 erneut wieder auf 8.279.**

Auch die Anzahl der **Kurzarbeiter/-innen nahm vom Dezember 2008 bis zum Dezember 2009 von 1.983 auf 16.206 zu und 2010 deutlich ab auf 4.259.** Die Kurzarbeiterstatistik⁶ zeigt mit der Zunahme 2009 um das Achtfache deutlich das Ausmaß der Wirtschaftskrise. Insbesondere die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes führte dazu, dass die Arbeitslosenquote nur moderat anstieg und die Arbeitsplätze der Kurzarbeiter/-innen bisher erhalten blieben. Die Bundesagentur für Arbeit stellt in ihrem Arbeitsmarktbericht⁷ vom September 2011 einen Fortbestand der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt fest, weist allerdings daraufhin, dass die Risiken für die Entwicklung deutlich zugenommen haben, z.B. durch die Turbulenzen an den Aktienmärkten. Seit 2009 verringerten sich sowohl die Anzahl der Kurzarbeiter/-innen als auch die Zahl der Arbeitslosen. Während alle westdeutschen Bundesländer einen

⁶ Die Erfassung / Statistik wurde zwischenzeitlich geändert, Daten 2010 liegen noch nicht vor. Nach der neuen Systematik werden voraussichtlich Daten ab 2008 ausgewiesen werden.

⁷ Bundesagentur für Arbeit (2011): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht September 2011

Rückgang der Arbeitslosenquoten (Erhebungszeitpunkt Juni) zeigen, lag die Quote im Bundesland Bremen mit 12 Prozent hingegen gleichauf mit dem Wert des Vorjahresmonates.⁸

Die höhere Arbeitslosenquote schlägt sich korrespondierend im Anteil der Bezieher/-innen von **Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II)** nieder. Die SGB II-Quote nahm in der Stadt Bremen von 17,7 Prozent im Dezember 2006 auf 17,1 Prozent im Dezember 2010 und in der Stadt Bremerhaven von 25,7 Prozent auf 23,4 Prozent ab. **Die SGB II-Quote im Land Bremen ging im selben Zeitraum von 19,1 auf 17,7 Prozent zurück und stieg in 2009 wieder auf 18,2 Prozent an.** Von 2009 auf 2010 ging die Anzahl der Leistungsbezieher/-innen im Bundesland Bremen um 0,5 Prozent zurück. Der SGB II-Bezug betrifft insbesondere Kinder und Jugendliche. Dabei gilt: je jünger die Kinder, desto höher der Anteil des SGB II-Bezugs. Ende 2010 bezogen knapp 31 Prozent und damit nahezu ein Drittel der unter 15-Jährigen im Land Bremen Leistungen nach dem SGB II. Bei Kindern unter 6 Jahren waren es sogar 35 Prozent. Dabei liegt die Quote in Bremerhaven mit 43,5 Prozent bei den unter 6-Jährigen Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II besonders hoch.

Entwicklung der Einkommen: Die Entwicklung des Haushaltsnettoeinkommens im Bundesland Bremen zwischen 2002 und 2008 zeigt, dass sich die Anteile der unteren sowie der oberen Einkommen erhöhen, während die Mitte prozentual verliert. Verfügten 2002 noch 21,6 Prozent der Haushalte im Land Bremen über ein Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro im Monat, stieg ihr Anteil bis 2008 auf 20,2 Prozent an und sank 2010 auf 18,1 Prozent. Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil der höheren Einkommen über 2.600 Euro von 21,1 auf 24,5 Prozent zu.

Diese Ergebnisse ähneln den Erkenntnissen der jüngsten DIW-Studie, die ebenfalls eine Polarisierung der Einkommen in Deutschland festgestellt hat. Die Studie nennt für das Jahr 2009 einen Anteil von 22 Prozent im unteren und 16,5 Prozent im oberen Einkommensbereich, während der mittlere Bereich 61,5 Prozent beträgt.⁹

Die **Überschuldung** blieb im Bundesland Bremen zudem unverändert hoch. Obwohl die Schuldner/-innenquote zwischen 2007 und 2009 von 15,5 auf 13,9 Prozent zurückging, belegt Bremen damit weiterhin den untersten Rang im Vergleich der 16 Bundesländer.

Die **Armutsrisikoquote** stieg im Jahre 2008 deutlich an. Nach einem Rückgang zwischen 2005 (22,3%) und 2007 (19,1%) lag der Wert für 2008 wieder bei 22,2 Prozent. Damit war etwa jeder fünfte im Bundesland Bremen lebende Mensch armutsgefährdet.

⁸ Bundesagentur für Arbeit (2010): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Juni 2010. Monatsbericht.

⁹ Goebel, Jan/ Gornig, Martin/ Häußermann, Hartmut (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. Wochenbericht des DIW Nr. 24/2010

Eine positive Meldung für Bremen liefern jedoch die Informationen des **dritten Freiwilligen-surveys** des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Im Armuts- und Reichtumsbericht war wegen ungünstiger Strukturdaten eine relativ geringe Engagementquote für Bremen erwartet worden. Tatsächlich zeigen die erstmals in Bremen erhobenen Daten, dass die Quote mit 30% nicht nur höher liegt als erwartet, sondern auch über den Quoten der anderen Stadtstaaten Berlin und Hamburg.

Weitere Ergebnisse im Überblick:

- Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste nahmen von 2007 auf 2008 um 4,8 Prozent zu und blieben in 2009 auf dieser Höhe. 2010 stiegen sie um weitere 2 Prozent an.
- Der Lohnabstand von Männern und Frauen verringerte sich in der Krise von 25,3 Prozent (2008) auf 22,1 Prozent (2009). 2010 lag er bei 21,7 Prozent.
- Von 2007 auf 2008 nahm die Erwerbstätigenquote um 0,3 Prozentpunkte auf 64,4 Prozent zu und stieg 2010 auf 68,1. Das Bundesland Bremen lag damit auch im Jahre 2008 unter dem Bundesdurchschnitt von 70,7 Prozent. Die Frauenerwerbstätigenquote blieb mit 60 Prozent weiterhin hinter dem Anteil der männlichen Erwerbstätigen von 68,7 Prozent zurück.
- Die steuerpflichtigen Einkommen bewegten sich 2007 in der Stadt Bremen zwischen den Durchschnittswerten 108.145 Euro im Ortsteil Horn und ca. 16.500 Euro in den Ortsteilen Neue Vahr Südost, Neue Vahr Nord und Gröpelingen.
- Im Jahre 2004 wies der Bremerhavener Ortsteil Speckenbüttel mit 38.282 Euro den höchsten, der Ortsteil Leherheide-West mit 16.197 Euro den niedrigsten Betrag bei den durchschnittlichen steuerpflichtigen Einkommen auf.
- In den Ortsteilen der Stadt Bremen variiert der Anteil Alleinerziehender von 44,4 Prozent in der Neuen Vahr Südwest bis 10,6 Prozent in Borgfeld.
- Der Frauenanteil bei den Alleinerziehenden liegt deutlich über 80 Prozent. Insgesamt sind es über 23.000 alleinerziehende Frauen, die in Bremen einem Haushalt vorstehen. Das ist eine deutliche Zunahme im Vergleich zu 2007 (21.700).
- Der Anteil ausländischer Schüler/-innen ohne Schulabschluss betrug 2009 12,8 Prozent, während 6,5 Prozent der deutschen Schüler/-innen die Schule ohne Abschluss verließen.
- Im Jahre 2008 waren 11,7 Prozent der Schulanfänger/-innen in der Stadt Bremen und 13,1 Prozent in Bremerhaven Übergewichtig (2010 im Land Bremen: 11,8 Prozent). Während der Anteil der betroffenen Kinder in benachteiligten Ortsteilen in den vergangenen Jahren leicht anstieg, sanken demgegenüber die Quoten in den privilegierten Ortsteilen.
- Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 in den Ortsteilen der Städte Bremen und Bremerhaven variierte: In Bremen von 52,7 Prozent in Tenever bis 83 Prozent in Oberneuland, in Bremerhaven von 48,9 Prozent in Goethestraße bis 85,5 Prozent in Speckenbüttel. In Ortsteilen mit geringen Einkommen war die Wahlbeteiligung geringer.

Die Daten verweisen auf einen weiterhin bestehenden hohen Bedarf an Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

3. Bevölkerungsdaten und Bevölkerungsentwicklung im Land Bremen

3.1 Bevölkerung

Die Bevölkerungszahl im Land Bremen erreicht nach einer Zunahme von 2002 bis 2006 im Jahr 2009 nahezu den Stand des Jahres 2000. Der kontinuierliche Rückgang setzte sich weiter fort, Ende 2010 hatte das Land Bremen 660.706 Einwohner/-innen. Differenziert betrachtet, zeigt sich dabei für die Stadt Bremen mit kleineren Schwankungen (Zu- und Abnahmen) seit 2006 eher Stagnation, in der Stadt Bremerhaven zeigt sich eine stetige Abnahme. Grundsätzlich wird laut langfristiger Bevölkerungsprognose des Senats ein Rückgang im Land Bremen erwartet.

Bevölkerung im Land Bremen 2000-2010

	Land Bremen	Stadt Bremen	Stadt Bremerhaven
2000	661.453	539.617	121.836
2001	660.328	540.232	120.096
2002	660.127	541.955	118.172
2003	662.702	543.890	118.812
2004	662.831	545.143	117.688
2005	663.167	546.223	116.944
2006	664.275	547.859	116.416
2007	663.340	547.632	115.708
2008	662.033	547.255	114.778
2009	661.716	547.685	114.031
2010	660.706	547.340	113.366

Quelle: Statistisches Landesamt (2011)

Bevölkerungsprognose für das Land Bremen 2020

Prognose 2020	656.689	551.739	104.959
----------------------	---------	---------	---------

Quelle: Freie Hansestadt Bremen, Senatskanzlei: Langfristige Globalplanung 2003

3.2 Alter

Die Bevölkerung im Land Bremen wird älter. Diese Prognose für 2020 wird von der Entwicklung der Altersgruppen in 2009 und 2010 bestätigt.

Altersgruppen im Land Bremen 2009-2010 und Prognose 2020

Land Bremen							
	2009			2010			Prognose 2020
	m	w	gesamt	m	w	gesamt	
0<6 Jahre	16.616	15.490	32.106	16.683	15.618	32.301	32.194
6<18 Jahre	35.538	33.492	69.030	35.012	33.061	68.073	66.964
18<65 Jahre	210.544	207.731	418.275	210.772	208.077	418.849	407.564
65+ Jahre	59.529	82.776	142.305	59.473	82.010	141.483	149.978
davon 80+ Jahre	12.078	25.560	37.638	12.401	25.595	37.996	50.190

Stadt Bremen							
	2009			2010			Prognose 2020
	m	w	gesamt	m	w	gesamt	
0<6 Jahre	13.647	12.779	26.426	13.757	12.896	26.653	26.938
6<18 Jahre	28.975	27.318	56.293	28.597	26.999	55.596	55.080
18<65 Jahre	174.281	173.515	347.796	174.558	173.991	348.549	344.985
65+ Jahre	48.771	68.399	117.170	48.733	67.809	116.542	124.738
davon 80+ Jahre	9.916	21.219	31.135	10.157	21.235	31.392	42.453

Stadt Bremerhaven							
	2009			2010			Prognose 2020
	m	w	Gesamt	m	w	gesamt	
0<6 Jahre	2.969	2.711	5.680	2.926	2.722	5.648	5.256
6<18 Jahre	6.563	6.174	12.737	6.415	6.062	12.477	11.884
18<65 Jahre	36.263	34.216	70.479	36.214	34.086	70.300	62.579
65+ Jahre	10.758	14.377	25.135	10.740	14.201	24.941	25.240
davon 80+ Jahre	2.162	4.341	6.503	2.244	4.360	6.604	7.737

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2011); Freie Hansestadt Bremen, Senatskanzlei: Langfristige Globalplanung 2003. Daten jeweils zum Jahresende.

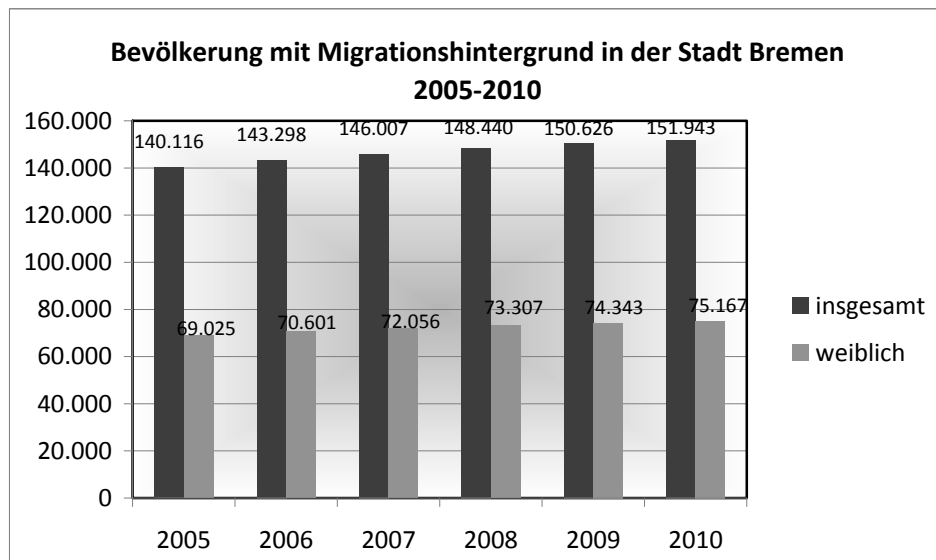
Wie erwartet, zeigt die Gruppe der über 80-Jährigen einen Zuwachs, dieser wird sich voraussichtlich entsprechend der Prognose fortsetzen und sowohl den Altersdurchschnitt als auch die Altersstruktur verändern.¹⁰

¹⁰ Zu den erwarteten Entwicklungen vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen, S. 45f

3.3 Migrationshintergrund¹¹

Sowohl die absolute Zahl als auch der prozentuale Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung in Bremen Stadt steigen an. Im Jahr 2010 hatten im Durchschnitt 27,5 Prozent der Bremerinnen und Bremer (151.943) einen Migrationshintergrund. Das bedeutet eine Steigerung von fast zwei Prozentpunkten gegenüber 2005.

Anzahl der Migranten/-innen in der Stadt Bremen 2005-2010



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2011) – eigene Darstellung

Der Armuts- und Reichtumsbericht 2009 hat gezeigt, dass mit einem kontinuierlichen Wachstum dieser Gruppe zu rechnen ist. Dies ist besonders relevant, da das Armutsrisiko von Migranten/-innen überdurchschnittlich hoch liegt.¹²

¹¹ Für Bremerhaven liegen keine Daten zum Anteil von Migranten/-innen an der Bevölkerung vor.

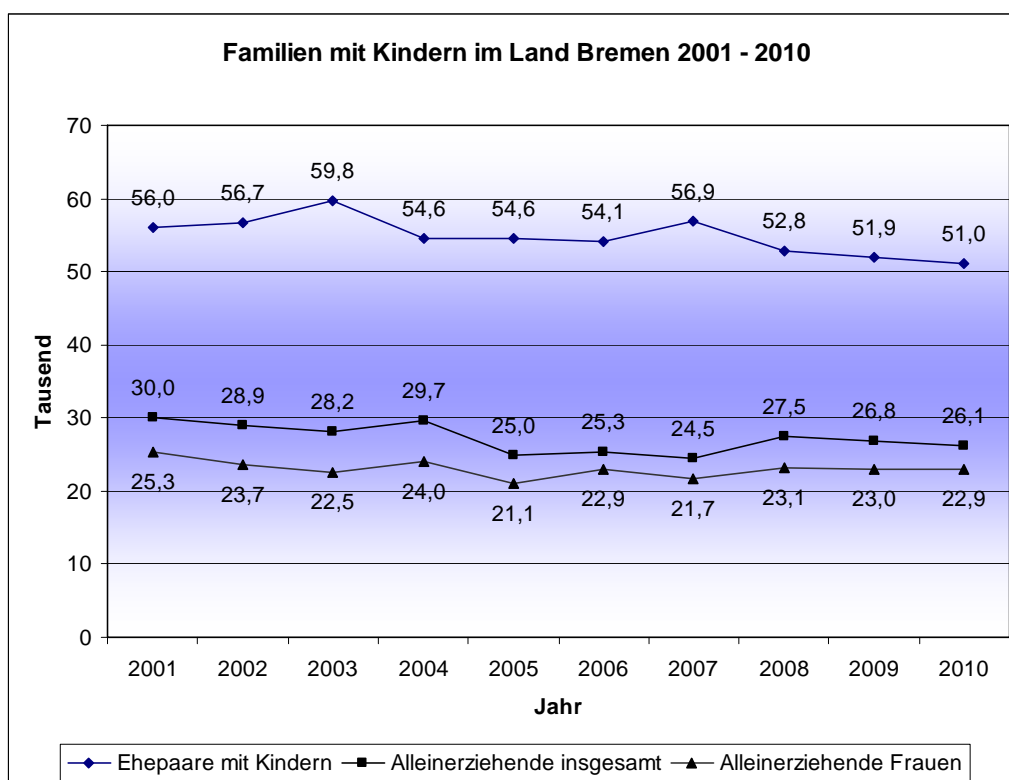
¹² Vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen, S. 248 ff

3.4 Familien

Das Armutsrisiko steigt mit der Anzahl der Kinder sowie mit dem Familienstatus „alleinerziehend“ an.¹³ Insgesamt hat die Zahl der Ehepaare mit Kindern seit 2007 erheblich abgenommen und lag 2010 deutlich unter dem Wert von 2001. Die Zahl der Alleinerziehenden stieg dagegen von 2007 bis 2008 erneut an und erreichte 27.500 Haushalte.

Insgesamt waren 2008 mehr als ein Drittel aller Familien mit Kindern im Land Bremen alleinerziehend. Bis Ende 2010 zeigte sich dann die weitere Entwicklung leicht rückläufig. Der Anteil von Alleinerziehenden in der Stadt Bremen liegt derzeit (2010) bei 26 Prozent. Die Grafik zeigt die Entwicklung von Familien im Zeitraum 2001 bis 2010.

Familien mit Kindern im Land Bremen 2001-2010



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2011): Statistisches Jahrbuch 2011, S. 28 – eigene Darstellung

Der Frauenanteil bei den Alleinerziehenden liegt auch 2010 zwischen 80 und 90 Prozent. Insgesamt sind es über 23.000 alleinerziehende Frauen, die im Land Bremen einem Haushalt vorstehen. Das ist eine deutliche Zunahme im Vergleich zu 2007. Die materielle Lage von alleinerziehenden Männern und Frauen unterscheidet sich deutlich. Männer sind auch als Alleinerziehende meistens berufstätig. Sie werden oft durch den Tod der Partnerin zu Alleinerziehenden. Bei Frauen ist es meist die Trennung vom Partner, die zu dieser Situation führt. Da alleinerziehende Frauen häufig nicht berufstätig sind, ist ihr Armutsrisiko sehr hoch, insbesondere, wenn die Kinder noch klein sind (siehe hierzu 4.3). Eine steigende Anzahl Alleinerziehender (Frauen) weist auf ein steigendes Armutsrisiko im Land Bremen hin.

¹³ Vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen

3.5 Haushalte

Die Haushaltsstruktur im Land Bremen verändert sich. Die im Bericht „Lebenslagen im Land Bremen“ beschriebene Tendenz setzte sich in 2009 zunächst fort, d.h. es war weiterhin eine Zunahme von Singlehaushalten festzustellen, während die Anzahl der Haushalte mit zwei und mehr Personen demgegenüber zurückging. In 2010 veränderte sich diese Entwicklung, die Zahl der 1-Personenhaushalte ging deutlich zurück, die der Haushalte ab 2 Personen stieg an. Insgesamt blieb die Zahl der Haushalte 2010 auf dem Niveau von 2009 und lag um knapp 1% unter dem Wert von 2000.

Die Entwicklung in der Stadt Bremen verlief anders als die im Lande Bremen: Die Zahl der 1-Personenhaushalte stieg ebenso wie die der 2-Personenhaushalte weiter an, während die Zahl der Haushalte mit 3 und mehr Personen etwas zurück ging. Insgesamt ist die Zahl der Haushalte um 2,4% angestiegen.

In Bremerhaven zeigt sich ein anderes Bild. Dort stagnierte die Zahl der 1-Personenhaushalte, während die Zahl der Haushalte ab 2 Personen stark rückläufig war, insbesondere die Haushalte ab 3 Personen nahmen deutlich ab, nämlich um rund 20 Prozent. Insgesamt ging die Zahl der Haushalte in Bremerhaven um rd. 6% zurück.

Haushalte im Land Bremen 2000 - 2010

Haushalte (in Tsd.) Land Bremen				
	1 Pers.	2 Pers.	3 Pers. + mehr	Insges.
	in 1.000			
2000	168	116	73	357
2001	172	112	72	356
2002	175	109	72	356
2003	168	111	74	353
2004	175	115	68	358
2005	172	115	69	356
2006	173	115	69	357
2007	170	112	72	354
2008	172	113	70	354
2009	179	112	68	360
2010	175	116	69	360
2000-2010	4,2%	0,0%	-5,5%	0,8%

Haushalte (in Tsd.) Stadt Bremen				
	1 Pers.	2 Pers.	3 Pers. + mehr	Insges.
	in 1.000			
2000	137	94	59	291
2001	142	90	59	291
2002	143	86	61	290
2003	138	91	60	289
2004	143	95	56	294
2005	141	95	58	293
2006	146	95	57	297
2007	141	93	61	294
2008	142	94	57	293
2009	146	93	57	297
2010	145	96	58	298
2000-2010	5,8%	2,1%	-1,7%	2,4%

Haushalte (in Tsd.) Bremerhaven				
	1 Pers.	2 Pers.	3 Pers. + mehr	Insges.
	in 1.000			
2000	31	21	14	66
2001	30	21	14	65
2002	32	23	11	66
2003	30	20	13	63
2004	32	20	12	64
2005	32	20	12	63
2006	28	20	12	60
2007	29	19	12	60
2008	30	19	12	62
2009	33	19	12	64
2010	31	20	11	62
2000 -2010	0%	-4,8%	-21,4%	-6,1%

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Jahrbuch 2011 (Aktualisierung 2009 und 2010)

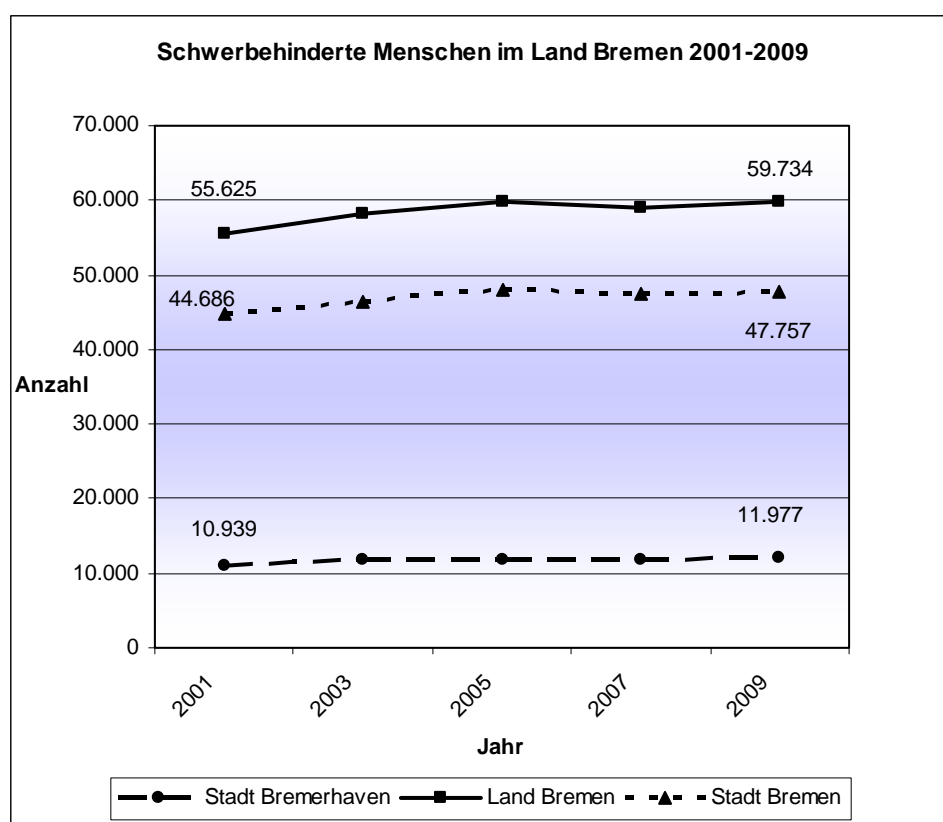
Die Haushaltsstruktur ist gleichwohl nach wie vor überwiegend durch Einpersonenhaushalte geprägt. Diese Entwicklung wird u.a. durch die wachsende Zahl alleinstehender älterer Menschen hervorgerufen.¹⁴

¹⁴ Vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen, S. 41

3.6 Menschen mit Behinderungen

Die Anzahl von Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung in Bremen und Bremerhaven ist seit 2001 leicht angestiegen. Dieser Trend wird sich voraussichtlich in den kommenden Jahren fortsetzen, da es immer mehr hochaltrige Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen und immer mehr Menschen mit Behinderungen, die ein hohes Alter erreichen, geben wird. Der Anteil weiblicher schwerbehinderter Personen beträgt über den gesamten Beobachtungszeitraum und in beiden Städten knapp über 50%.¹⁵

Schwerbehinderte Menschen im Land Bremen 2001-2009



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2010) – eigene Darstellung

Eine Behinderung führt nicht zwangsläufig zu materieller Armut, aber stellt eine benachteiligende Lebenslage dar. Auf Grund der demografischen Entwicklung ist sowohl mit einem Anstieg der absoluten Zahl, als auch des Anteils von Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung an der Gesamtbevölkerung zu rechnen.¹⁶

¹⁵ Vgl. Tabelle 8 im Datenanhang

¹⁶ Vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen, S. 218ff

4. Einkommen

4.1 Arbeitsentgelte

Entgelte aus Erwerbstätigkeit stellen für viele Menschen die Haupteinkommensquelle dar. Die Summe der Arbeitsentgelte nahm im Bundesland Bremen zwischen 2000 und 2009 von ca. 8,28 auf 8,88 Mrd. Euro zu. Das entspricht einer prozentualen Steigerung von 7 Prozent in einem Zeitraum von acht Jahren. Das BIP stieg im selben Zeitraum von 22,1 auf 27,7 Mrd. Euro und damit um 25,4 Prozent an. Der Vergleich zeigt: die Entwicklung der Arbeitsentgelte bleibt im Land Bremen weit hinter dem Anstieg der Wirtschaftsleistung zurück.¹⁷

Die Bruttolöhne von Männern und Frauen weichen weiterhin voneinander ab. Während Männer im Jahre 2010 ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von 3.920 Euro erzielten, erreichten Frauen lediglich 3.071 Euro im Monat. Somit bestand eine Einkommensdifferenz von 21,7 Prozent.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im Land Bremen 2007-2010

	insgesamt	Männer	Frauen	Einkommensdifferenz in %
2007	3.454	3.689	2.843	22,9
2008	3.619	3.882	2.899	25,3
2009	3.614	3.846	3.008	21,8
2010	3.686	3.920	3.071	21,7

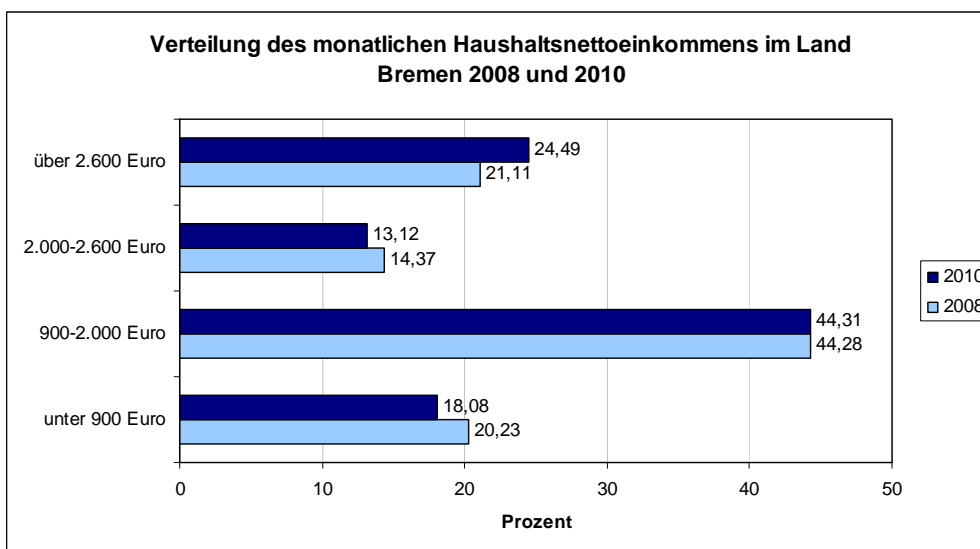
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2011), „Bremen in Zahlen“ Kapitel 17, eigene Darstellung

¹⁷ Statistisches Landesamt Bremen (2010): Statistische Berichte. Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts im Lande Bremen 1993-2009. Stand 10. Juni 2010, [http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/PI2_2009_Entstehung_Verteilung_Verwendung_Sozialprodukt.pdf].

4.2 Haushaltseinkommen

Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen wird durch den Mikrozensus¹⁸ jährlich erhoben. Im Jahre 2002 erzielten ca. 21,6 Prozent aller Haushalte im Land Bremen ein Nettoeinkommen von unter 900 Euro im Monat. Dieser Anteil stieg bis 2008 auf ca. 23,6 Prozent an und ging 2010 auf rd. 19 Prozent zurück. Während die höheren Einkommen über 2.600 Euro im Monat von 21 (2008) auf 24,5 Prozent (2010) zunahmen, blieb der Anteil der Einkommensgruppe 900-2.000 Euro nahezu unverändert, in der Einkommensgruppe 2.200-2.600 Euro verringerte sich zeitgleich der Anteil von rd. 14,4 Prozent auf 13,1 Prozent..

Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens im Land Bremen
2002 und 2010



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Mikrozensus (2011) – eigene Darstellung

¹⁸ Die Bevölkerungstichprobe Mikrozensus liefert jährlich Daten über die Bürger/-innen im Land Bremen sowie der Städte Bremen und Bremerhaven.

4.3 Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II

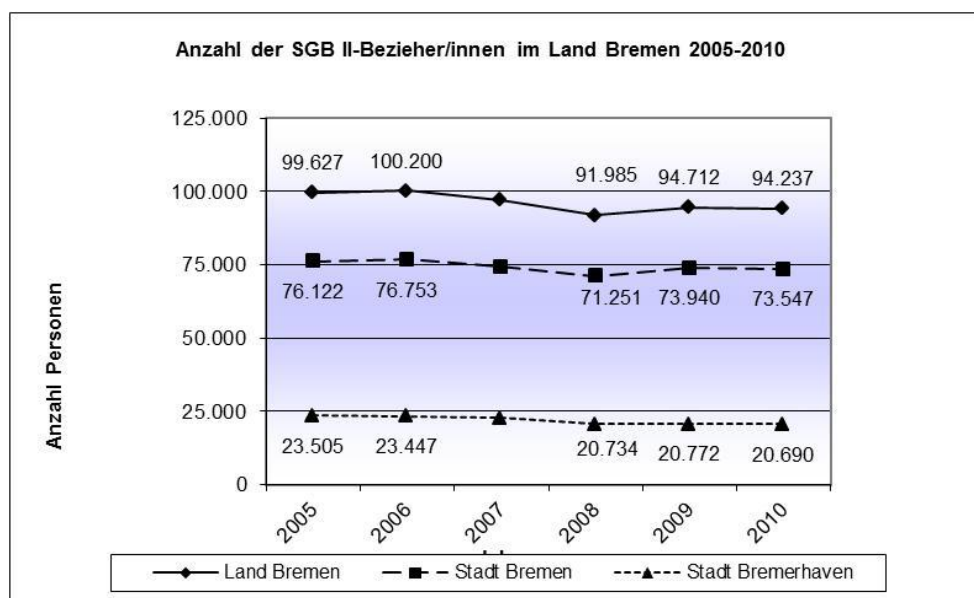
Das Sozialgesetzbuch II (SGB II) regelt seit 2005 die Grundsicherung für hilfebedürftige Arbeitsuchende, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln sichern können.

Erwerbsfähige Arbeitsuchende erhalten durch das SGB II das Arbeitslosengeld II (ALG II).¹⁹ Nicht erwerbsfähige Personen, die mit Arbeitslosengeld II-Beziehern/-innen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, können ebenfalls einen Leistungsanspruch haben und erhalten in diesem Fall Sozialgeld. Im Dezember des Jahres 2005 erhielten 99.640 Personen im Bundesland Bremen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II. Nach einem geringen Anstieg im Jahre 2006 sank die Anzahl der SGB II-Bezieher/-innen auf 97.208 im Dezember 2007 und lag Ende 2010 bei 94.237. Der Anteil der Leistungsempfänger/-innen an der Bevölkerung unter 65 Jahren verringerte sich damit im Land Bremen von 19,0 in 12/2005 auf 17,7 Prozent in 12/2008 und stieg bis Ende 2010 auf 18,1%.

Die SGB II-Quote in der Stadt Bremen lag 2010 bei 17,1 Prozent. In Bremerhaven lag sie 2010 mit 23,4 Prozent deutlich höher als in der Stadt Bremen.

Von 2009 auf 2010 nahmen sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven die Zahlen der SGB II-Empfänger/-innen ab und zwar um insgesamt rd. 0,5 Prozent im Land Bremen.

Anzahl der SGB II-Bezieher/-innen im Land Bremen 2005-2010



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende, Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder – eigene Darstellung

¹⁹ Arbeitslose erhalten bei Eintritt von Arbeitslosigkeit i.d.R. ein Jahr lang das Arbeitslosengeld I und im Anschluss das Arbeitslosengeld II.

Anzahl der SGB II-Bezieher/-innen unter 15 Jahren im Land Bremen 2005-2010 nach Geschlecht

	Land Bremen		
	Insgesamt	männlich	weiblich
2005	26.953	13.914	13.039
2006	27.256	14.096	13.160
2007	26.691	13.801	12.890
2008	24.994	12.842	12.152
2009	25.426	13.018	12.408
2010	25.394	13.074	12.320
	Stadt Bremen		
	Insgesamt	männlich	weiblich
2005	20.551	10.557	9.994
2006	20.905	10.784	10.121
2007	20.408	10.539	9.869
2008	19.363	9.952	9.411
2009	19.785	10.122	9.663
2010	19.823	10.216	9.607
	Stadt Bremerhaven		
	Insgesamt	männlich	weiblich
2005	6.411	3.364	3.047
2006	6.351	3.312	3.039
2007	6.283	3.262	3.021
2008	5.631	2.890	2.741
2009	5.641	2.896	2.745
2010	5.571	2.858	2.713

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende, Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder – eigene Darstellung

Im Bundesland Bremen bezogen 2010 25.394 Kinder unter 15 Jahren Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch II. Das entsprach einem Anteil von 31 Prozent an der Altersgruppe. Auch diese Werte wichen in den Städten Bremen und Bremerhaven voneinander ab: lag der Anteil in Bremen Stadt bei 29,3 Prozent (2009: 28,4 Prozent), so ist der Wert für Bremerhaven mit 37,9 Prozent (2009: 37,2 Prozent) signifikant höher.

Die Werte der Altersgruppe der 15-18-Jährigen waren insgesamt niedriger. So erhielten 2010 insgesamt 22,4 Prozent der Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren im Land Bremen, 21,2 Prozent in der Stadt Bremen und 27,4 Prozent in der Stadt Bremerhaven Leistungen nach dem SGB II.

Die Entwicklung zeigt: je jünger die Kinder, desto höher der Anteil mit SGB II-Bezug. Im Jahre 2010 erhielten 28,1 Prozent der 6- unter 15-Jährigen und 35,1 Prozent der unter 6-Jährigen im Land Bremen Sozialgeld. In Bremerhaven erreichte dieser Wert für die unter 6-Jährigen sogar 43,5 Prozent.²⁰

Ausländer/-innen erhalten überproportional häufig Leistungen nach dem SGB II. Im Jahr 2010 bezogen 22.405 Ausländer/-innen im Land Bremen SGB II-Leistungen. Das entspricht gegenüber 2009 (22.477) einem leichten Rückgang, liegt aber immer noch deutlich über dem Wert von 2008 (21.665). Der Anteil der ausländischen SGB II-Bezieher/-innen an allen Ausländern/-innen im Bundesland Bremen unter 65 Jahren lag damit bei 29,4 Prozent. Die SGB II-Quote unter deutschen Einwohnern/-innen betrug dagegen 16,2 Prozent. Das ergibt eine Differenz von 13,2 Prozentpunkten.^{21 22}

Alleinerziehende haben bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zusätzliche Herausforderungen zu bewältigen, wie z.B. die Organisation der Kinderbetreuung und ggf. Qualifizierungen nach einer Erwerbsunterbrechung. Im Jahre 2010 gab es im Bundesland Bremen 9.271 erwerbsfähige Alleinerziehende im SGB II-Bezug, 2009 waren es 9.241 und im Jahre 2008 9.372. Insgesamt lebten 2010 rd. 26.000²³ Alleinerziehende im Bundesland Bremen. Daraus ergibt sich ein Anteil von 35,7% Prozent (2008: 34,1 Prozent) Haushalten Alleinerziehender mit SGB II-Bezug. Die Zahl Haushalte Alleinerziehender im Land Bremen ist insgesamt zurückgegangen, die der Haushalte Alleinerziehender mit SGB II Bezug stagnierte in den Jahren 2009 und 2010. Der zeitliche Vergleich zwischen der Entwicklung der SGB II-Bezieher/-innen insgesamt und den alleinerziehenden Elternteilen bestätigt deren Benachteiligung: während die Gesamtzahl der Personen mit SGB II-Bezug im Land Bremen zwischen Ende 2005 und Ende 2010 um 5,4 Prozent zurückging, verringerte sich die Zahl der Alleinerziehenden unter ihnen im selben Zeitraum hingegen um lediglich 3,1 Prozent.²⁴

²⁰ Statistisches Landesamt Bremen (2011)

²¹ BA - Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II

²² Die Statistik enthält Fälle ohne Kennzeichnung, so dass eine Zuordnung zu den Gruppen Ausländer/-innen und Deutsche nicht erfolgen kann. Für die Berechnung der SGB II-Quote wurden hier Deutsche und Fälle ohne Kennzeichnung „hilfsweise“ zusammengefasst.

²³ Statistisches Landesamt Bremen (2011), Mikrozensus

²⁴ Statistisches Landesamt Bremen (2011)

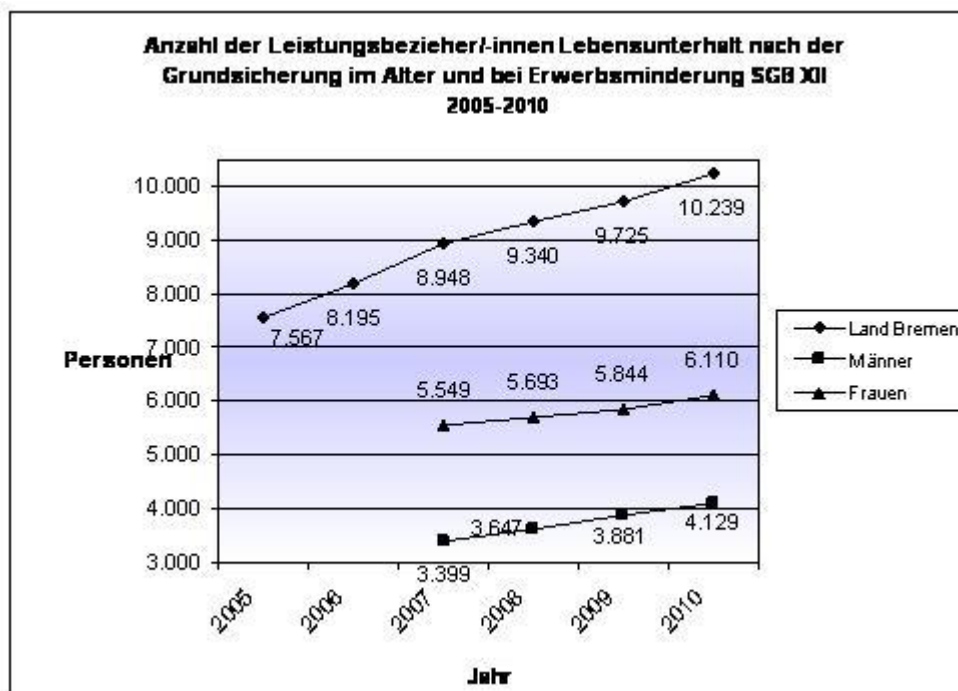
4.4 Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII

Neben den in Kapitel 4.3 dargestellten Leistungen für Arbeitsuchende (gemäß SGB II) regelt das Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) für weitere Personenkreise Leistungen der Sozialhilfe. Innerhalb der Sozialhilfe lassen sich die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiAE) unterscheiden. Die HLU bezieht sich auf Menschen, die weniger als drei Stunden am Tag arbeiten können und deshalb kein Arbeitslosengeld II erhalten, jedoch nicht vollständig erwerbsunfähig sind. Voll erwerbsgeminderte Menschen unter 65 Jahren und über 65-Jährige ohne ausreichendes Alterseinkommen und / oder Vermögen erhalten die GSiAE.

Die folgende Betrachtung konzentriert sich auf die quantitativ bedeutsamere Gruppe der Empfänger/-innen von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Ende 2010 umfasst diese Gruppe 10.239 Personen (2008: 9.340 Personen) im Lande Bremen (außerhalb von Einrichtungen). Die Anzahl der Leistungsempfänger/-innen in der GSiAE stieg zwischen 2005 und 2010 um ca. 35 Prozent an.

Aufgrund der demografischen Entwicklung sowie der feststellbaren diskontinuierlichen Erwerbsverläufe (atypische Beschäftigungsverhältnisse bzw. Arbeitslosigkeit) kann davon ausgegangen werden, dass es für diese Personengruppe weitere Zunahmen geben wird.

Anzahl der Leistungsbezieher/-innen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung SGB XII im Land Bremen 2005-2010



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Bremer Infosys, Tabelle 333-31, eigene Darstellung

4.5 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Den Lebensunterhalt sowie weitere Versorgungsansprüche für Asylbewerber/-innen und Flüchtlinge regelt das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Sofern Asylbewerber/-innen und Flüchtlinge nicht über eigenes Einkommen oder Vermögen verfügen, erhalten sie Hilfe zum Lebensunterhalt. Diese Leistungen werden mehrere Jahre gegenüber HLU um ca. 20 Prozent abgesenkt. Asylberechtigte, deren Asylantrag anerkannt wurde, erhalten die gleichen Leistungen wie andere Bürger/-innen. Die Anzahl der Empfänger/-innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ging im Bundesland Bremen bis 2009 zurück, steigt in 2010 aber wieder an: von 4.284 im Jahre 2000 auf 3.791 im Jahre 2007, 3.140 im Jahre 2008 und 2.690 in 2009. Von 2000 bis 2009 lag der Rückgang bei ca. 37 Prozent. In 2010 war gegenüber 2009 ein Anstieg um ca. 11 Prozent zu verzeichnen, die Zahl der Leistungsempfänger/-innen lag aber insgesamt 2010 immer noch um ca. 30 Prozent unter dem Wert von 2000. Diese Entwicklung hängt mit bundesweit geringeren Zugangszahlen von Asylsuchenden sowie einer neuen Bleiberechtsregelung zusammen. Seit 2007 wird eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe erteilt, sofern eine Beschäftigung nachgewiesen werden kann. Gleichzeitig löst diese Veränderung einen Wechsel der rechtlichen Grundlage der Leistungsgewährung vom Asylbewerberleistungsgesetz zum SGB II aus, wenn ein existenzsicherndes Einkommen z.B. bei Familien nicht erzielt werden kann.²⁵

Bezieher/-innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Bremen 2000-2010

	Land Bremen	Stadt Bremen	Stadt Bremerhaven
2000	4.284		
2004	4.164		
2006	4.139	3.411	728
2007	3.791	3.188	603
2008	3.140	2.621	519
2009	2.690	2.211	479
2010	2.976	2.562	414

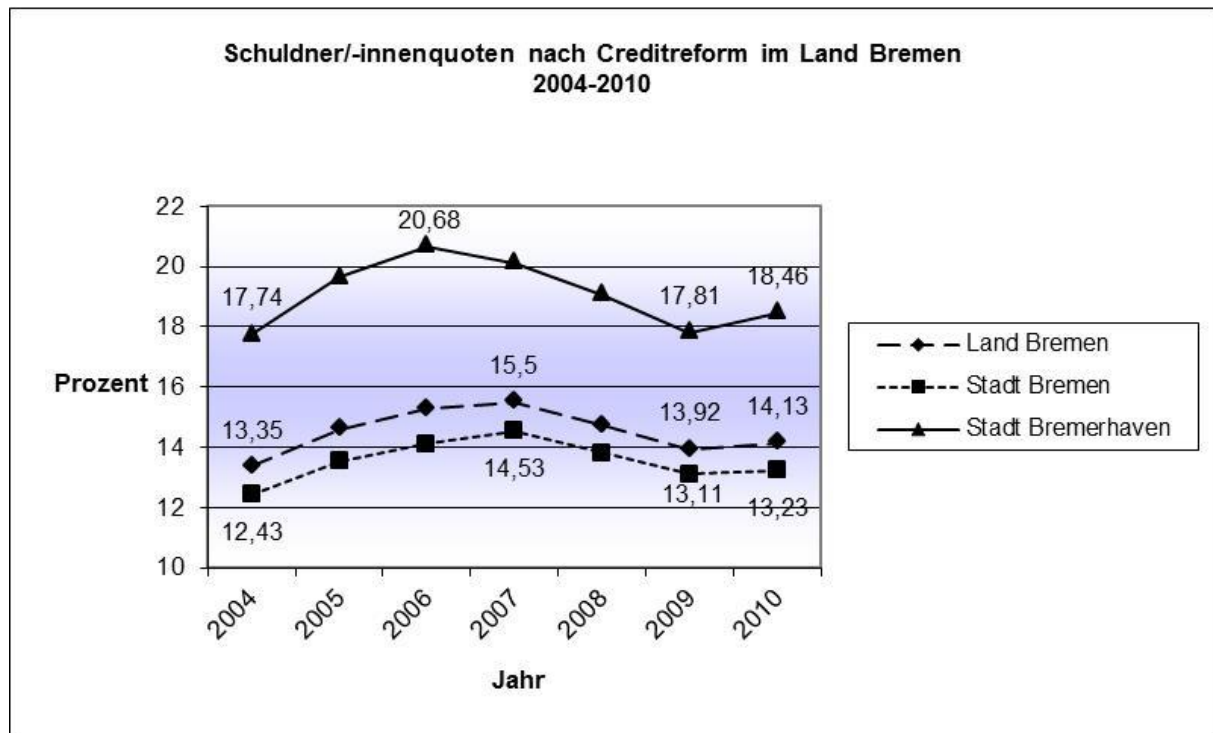
²⁵ SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen –2009-, S. 74.; Statistisches Landesamt Bremen (2009): Statistische Berichte. Empfänger und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Lande Bremen im Jahre 2008, S. 12. Stand: 10. Juni 2010, [\[http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/KI10_2008_Asylobewerber.pdf\]](http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/KI10_2008_Asylobewerber.pdf).

4.6 Überschuldung

Die Schuldner/-innenquote wird nicht amtlich erhoben, sondern lässt sich aus den Statistiken von privaten Auskunfteien ableiten. Die Quote des Unternehmens Creditreform stieg im Bundesland Bremen im Zeitraum von 2004 bis 2007 zunächst von 13,35 auf 15,5 Prozent an.²⁶ Bis zum Jahr 2009 sank der Anteil auf 13,92 Prozent ab. 2009 lagen die Schuldner/-innenquoten in Bremen Stadt bei 13,11 Prozent und in Bremerhaven bei 17,81 Prozent der Bevölkerung. Für das Jahr 2010 lässt sich ein Anstieg feststellen und zwar auf 14,13 Prozent im Land Bremen, auf 13,23 Prozent in der Stadt Bremen und auf 18,46 Prozent in Bremerhaven.

Das Land Bremen verzeichnet damit weiterhin eine extrem hohe Quote und nimmt im Ranking der 16 Bundesländer den letzten Platz ein.

Schuldner/-innenquoten nach Creditreform im Land Bremen 2004-2010

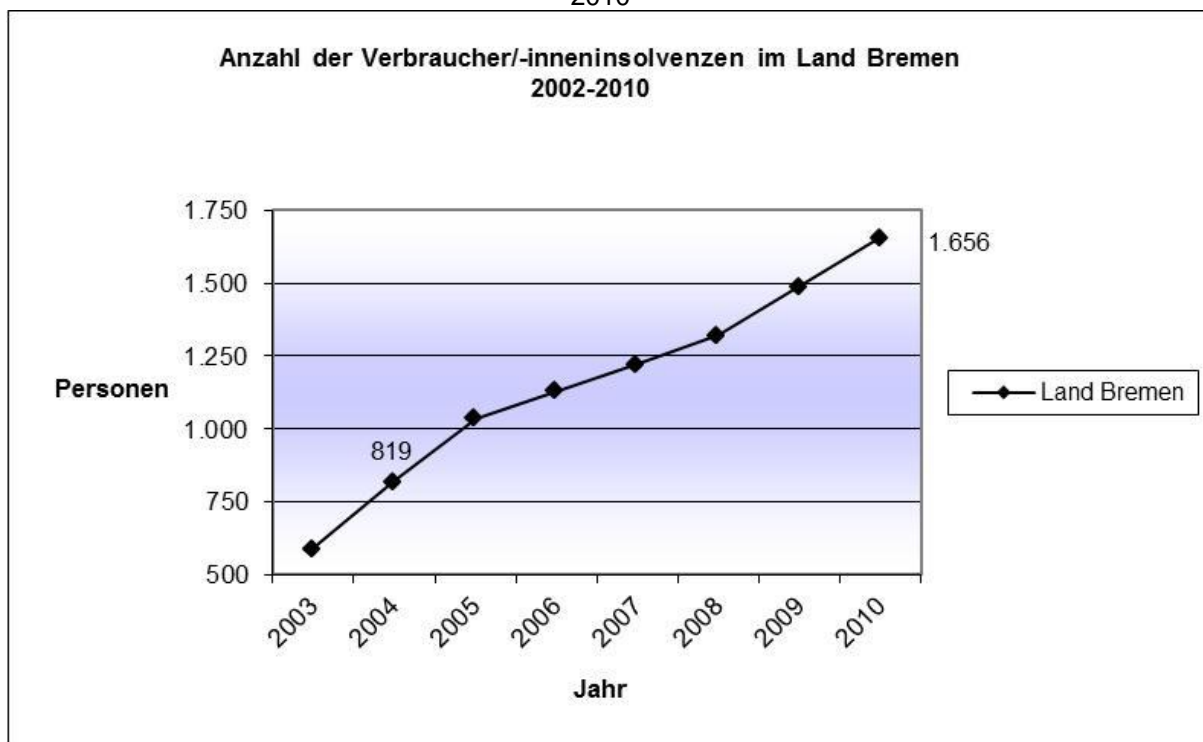


Quelle: SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen –2009-, S. 58; Creditreform (2011): Schuldner Atlas Deutschland. Jahr 2010, S. 9 ff., - eigene Darstellung

²⁶ Das Unternehmen Creditreform bezieht alle Schuldner/-innen mit mindestens einem so genannten Negativmerkmal in ihre Quoten, also den Anteil der Schuldner/-innen an der Bevölkerung, ein.

Für verschuldete Personen besteht die Möglichkeit, eine Verbraucher/-inneninsolvenz, die so genannte Privatinsolvenz, zu beantragen. Die Anzahl von Privatinsolvenzen stieg im Land Bremen seit 2003 kontinuierlich an. Zählte die Statistik im Jahre 2003 noch 587 Personen, so nahm die Zahl der Neufälle bis 2010 auf 1.656 Bremer/-innen zu (Stadt Bremen 1.504, Stadt Bremerhaven 152). Das entspricht einer Steigerung von ca. 282 Prozent, also über das 2,5-fache. Die folgende Graphik zeigt den kontinuierlichen Anstieg.^{27 28} Der Anstieg kann auf die zunehmende Überschuldung, aber auch auf die wachsende Bekanntheit des Instruments hinweisen.

Anzahl der Verbraucher/-inneninsolvenzen im Land Bremen 2002-2010



Quelle: Statistisches Landesamt (2011) eigene Darstellung

²⁷ Tatsächlich weisen die Jahresdaten jedoch für 2006 einen „Ausreißer“ auf. Der Jahreswert betrug 2.051 und lag damit nahezu um 100 Prozent über der Vorjahresangabe. In 2007 sanken die Fallzahlen jedoch bereits wieder auf das zu erwartende Niveau ab. Der hohe Wert erklärt sich durch einen Bearbeitungsrückstand bei den Gerichten. Die graphische Darstellung verwendet daher den Mittelwert der Jahre 2005 und 2007, um die tatsächliche Entwicklung darzustellen.

²⁸ Statistisches Landesamt (2011)

4.7 Armutsgefährdungsquote

Im Jahr 2010 war jeder fünfte im Bundesland Bremen lebende Mensch armutsgefährdet (21,1%). Nach einem Rückgang zwischen 2005 (22,3%) und 2007 (19,1%) stieg das Armutsrisiko im Jahre 2008 auf 22,2% deutlich an und sank vorübergehend in 2009 auf 20,1%. In der Stadt Bremen lag die Quote mit 20,5 Prozent etwas unter dem Wert des Landes Bremen. Damit nahmen sowohl das Land Bremen im Ranking der sechzehn Bundesländer, als auch die Stadt Bremen in der Rangfolge der 15 deutschen Großstädte mit mehr als 500.000 Einwohnern/-innen einen der letzten Plätze ein. Lediglich in Mecklenburg-Vorpommern gab es eine höhere Quote (22,4%) in der Länderstatistik bzw. wiesen Hannover (21,3%), Dortmund (23%) und Leipzig (26,4%) in der Städtestatistik höhere Werte auf. Der deutsche Durchschnittswert betrug 14,5 Prozent, 13,3 Prozent im früheren Bundesgebiet ohne Berlin und 19,0 Prozent in den neuen Bundesländern einschließlich der Hauptstadt.

Für das Land Bremen lassen sich die Aussagen für Altersgruppen, Geschlechter, Haushaltstypen und die Gruppe der Migranten/-innen differenzieren. Die unter 18-Jährigen wiesen im Jahre 2008 eine Armutsgefährdungsquote von 32,7 Prozent und die 18-24-Jährigen einen Anteil von 35,6 Prozent auf. Zwei Jahre später (2010) lag die Quote bei den unter 18-Jährigen bei 31,3 Prozent und bei den 18-24-Jährigen bei 34,8 Prozent, beide Quoten sind gegenüber 2008 geringfügig zurück gegangen, allerdings gegenüber 2009 angestiegen.²⁹ Für Bremer/-innen über 25 Jahre bestand eine geringere Armutsgefährdung. In keiner Altersgruppe existierten wesentliche Unterschiede zwischen dem Armutsrisiko von Männern und Frauen. Bei den Haushaltstypen fällt auch 2010 auf, dass die Gefährdungsquoten für Einpersonenhaushalte (28,4%), Alleinerziehende (38,3% in 2010 gegenüber 49,8% in 2008) und Familien mit beiden Eltern und drei oder mehr Kindern (44,0% in 2010 gegenüber 39,1% in 2008) über dem Durchschnitt im Bundesland Bremen (21,1%) lagen.³⁰ Auch für Bremer/-innen mit Migrationshintergrund bestand ein höheres Armutsrisiko (40,4% in 2010 gegenüber 43% in 2008). Die Quote lag für Migranten/-innen deutlich über dem Wert für Menschen ohne Migrationshintergrund (13,7% in 2010 gegenüber 14,5% in 2008).³¹

²⁹ 2009: Unter 18 Jahre 28,6 und 18-24 Jahre 32,0

³⁰ Vgl. hierzu 3.4 und 3.5

³¹ Statistisches Bundesamt (2011): Amtliche Sozialberichterstattung. Stand 18.01.2011, [<http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/>]

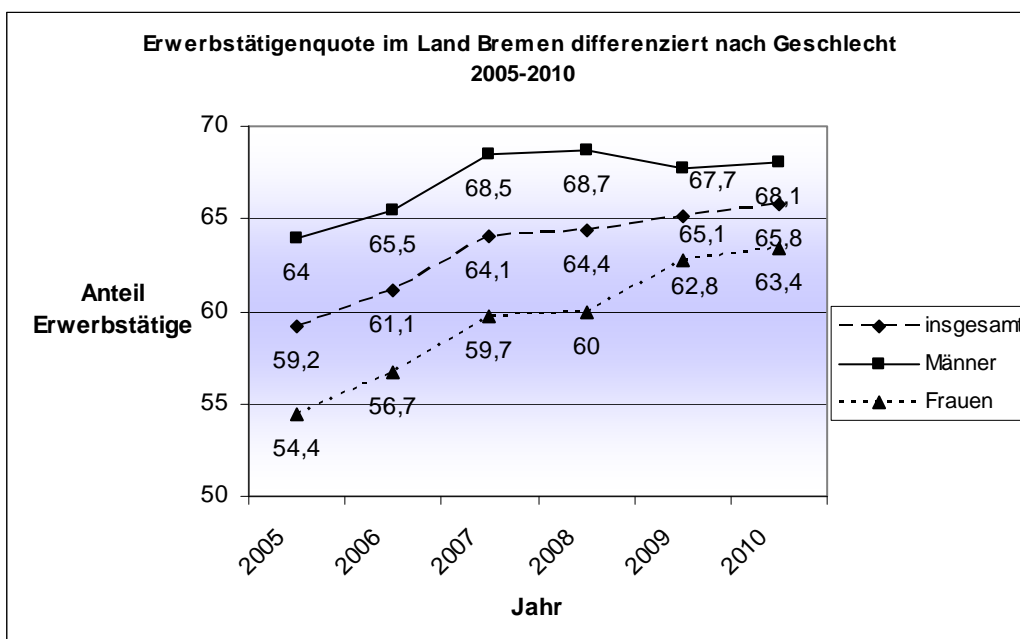
Die dargestellten Ergebnisse beruhen auf dem Mikrozensus. Die Armutsgefährdungsquote gibt den Anteil der Haushalte in einer Gebietseinheit (Bundesland oder Stadt) an, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) in Deutschland erreichen.

Vgl. hierzu 3.3

5. Erwerbstätigkeit

Die Erwerbstätigenquote stellt den Anteil Erwerbstätiger an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren dar. Im Zeitraum von 2005 bis 2007 stieg die Quote im Bundesland Bremen um 4,9 Prozentpunkte und damit auf einen Anteil von 64,1 Prozent an. Von 2007 bis 2010 nahm die Erwerbstätigenquote um 1,7 Prozentpunkt auf 65,8 Prozent zu. Das Bundesland Bremen lag damit im Jahre 2010 signifikant unter dem Bundesdurchschnitt von 70,9 Prozent. Die Frauenerwerbstätigenquote blieb mit 63,4 Prozent weiterhin hinter dem Anteil der männlichen Erwerbstätigen von 68,1 Prozent zurück, stieg aber gegenüber der Quote von Männern in den letzten fünf Jahren deutlicher an.

Erwerbstätigenquote im Land Bremen differenziert nach Geschlecht 2005-2010



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2010)

5.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnsitz im Bundesland Bremen ging im Zeitraum von 2001 bis 2005 zunächst um insgesamt 8,5 Prozent auf 188.679 Personen zurück. Bis 2008 nahmen die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse wieder zu, in 2009 dann ging sie auf 199.851 zurück (2008: 200.813), um dann in 2010 auf 202.464 anzusteigen (das entspricht einer Zunahme um 1,3 Prozent bzw. ca. 2.600 Beschäftigungsverhältnissen gegenüber 2009). Der in 2009 festzustellende Rückgang der Beschäftigungsverhältnisse um 962 gegenüber 2008 kann im Zusammenhang mit den angespannten Finanzmärkten und der Wirtschaftskrise stehen.

Für die Städte Bremen und Bremerhaven zeigt sich ein unterschiedliches Bild. In der Stadt Bremen sank die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse zwischen 2001 und 2010 um ca. 1 Prozent, steigt 2010 aber gegenüber 2009 wieder an. In der Stadt Bremerhaven fiel der Rückgang mit 5 Prozent dagegen höher aus.³² Eine deutlich positive Tendenz lässt sich 2010 für Bremerhaven trotz einer geringen Steigerung der Beschäftigtenzahl noch nicht feststellen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land Bremen (Wohnort) 2001-2010

	Land Bremen		
	Insgesamt	Männer	Frauen
2001	206.121	113.423	92.698
2002	203.137	111.161	91.976
2003	198.084	107.267	90.817
2004	192.934	103.977	88.957
2005	188.679	100.916	87.763
2006	189.814	101.979	87.835
2007	195.308	105.710	89.598
2008	200.813	109.142	91.671
2009	199.851	106.928	92.923
2010	202.464	107.874	94.590
	Stadt Bremen		
	Insgesamt	Männer	Frauen
2001	171.679	94.269	77.410
2002	170.037	92.893	77.144
2003	166.294	89.927	76.367
2004	162.230	87.371	74.859
2005	158.683	84.690	73.993
2006	159.412	85.315	74.097
2007	164.018	88.294	75.724
2008	168.443	90.963	77.480
2009	167.167	88.824	78.343
2010	169.729	89.911	79.818

³² Statistisches Landesamt Bremen (2011)

	Stadt Bremerhaven		
	Insgesamt	Männer	Frauen
2001	34.442	19.154	15.288
2002	33.100	18.268	14.832
2003	31.790	17.340	14.450
2004	30.704	16.606	14.098
2005	29.996	16.226	13.770
2006	30.402	16.664	13.738
2007	31.290	17.416	13.874
2008	32.370	18.179	14.191
2009	32.684	18.104	14.580
2010	32.735	17.963	14.772

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2011) – eigene Darstellung

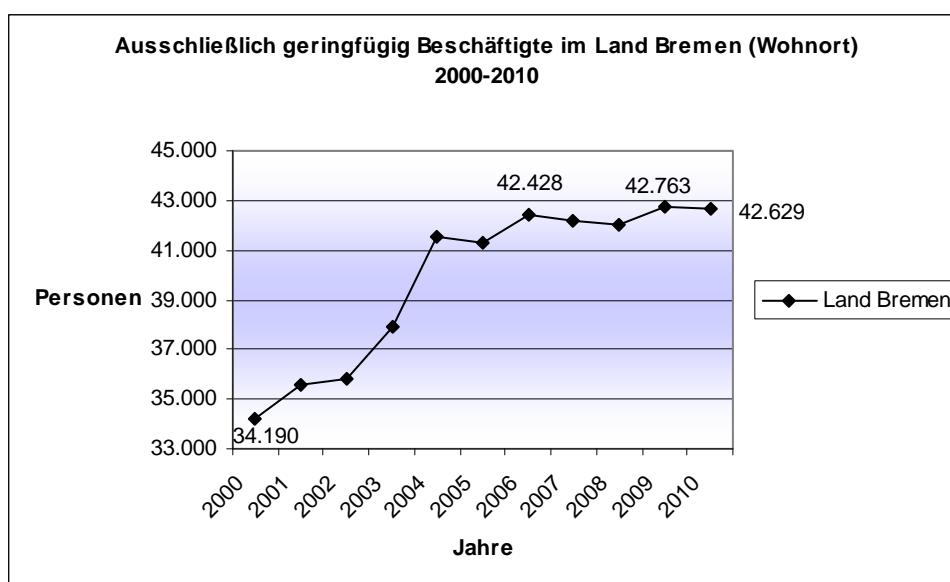
5.2 Atypische Beschäftigung

Die sozialversicherungspflichtige, unbefristete Vollzeitbeschäftigung gilt als das (typische) Normalarbeitsverhältnis. Daneben existieren andere, als „atypisch“ bezeichnete Beschäftigungsformen. Dazu gehören die Teilzeitarbeit, (ausschließlich) geringfügige Beschäftigung und die Zeitarbeit. Atypische Arbeitsverhältnisse bezeichnet man auch als „prekäre“ Beschäftigung. Das hängt damit zusammen, dass sie für die Arbeitnehmer/-innen oft nicht das gewünschte Einkommen und die Arbeitsplatzsicherheit bieten. Die Normalarbeitsverhältnisse gingen zwischen 2001 und 2010 im Land Bremen insgesamt zurück. Dagegen nahmen die atypischen Arbeitsverhältnisse zu.³³

Die Anzahl der Arbeitnehmer/-innen in Teilzeitbeschäftigung im Bundesland Bremen stieg zwischen 2000 und 2009 von 37.089 auf 45.546 (2008: 44.192) an. Damit nahm der Anteil der Teilzeitarbeit an allen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen von 18,1 auf 22,8 Prozent zu. Frauen arbeiteten nach wie vor weitaus häufiger in Teilzeit als Männer. Ihr Anteil betrug im Land Bremen 79 Prozent.³⁴

Auch die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten erhöhte sich von 2000 bis 2009 von 34.190 auf 42.763 und ging in 2010 leicht auf 42.629 zurück. Das entsprach 2010 gegenüber 2001 einem Anstieg von 25,1 Prozent. Die geringfügige Beschäftigung wird ebenfalls überdurchschnittlich von Frauen wahrgenommen. Der Anteil der Frauen an allen Beschäftigten erreichte 2009 insgesamt 45,7 Prozent. Ihr Anteil an den geringfügig Beschäftigten betrug demgegenüber in diesem Zeitraum 61,4 Prozent.

Ausschließlich geringfügig Beschäftigte im Land Bremen (Wohnort) 2000-2010



³³ Keller, Berndt/ Seifert, Hartmut (2006): Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität. Stand: 16. Juni 2010, [http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2006_05_Keller.pdf].

³⁴ Statistisches Landesamt Bremen (2011)

Die Steigerungsraten der atypischen Beschäftigung bilden sich am deutlichsten in der Zeitarbeit aus. Nach der Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes 2004 erhöhte sich die Anzahl der Leiharbeiter/-innen im Bundesland Bremen von 2004 bis 2008 um ca. 150 Prozent auf 8.327. Diese Beschäftigungsverhältnisse gingen von 2008 auf 2009 wegen der Wirtschaftskrise auf 6.968 und damit deutlich um 16,3 Prozent zurück.³⁵ In 2010 stieg die Zahl der Zeitarbeiter/-innen dann wieder auf 8.279 an und liegt damit wieder auf dem Niveau von 2008.

Die selbstständige Tätigkeit gilt nicht als atypisch. Aber auch Selbstständige können von prekärer Arbeit betroffen sein. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn die selbstständige Arbeit kein ausreichendes Einkommen und / oder das Einkommen keine soziale Sicherung ermöglicht. Die Anzahl der Selbstständigen veränderte sich zwischen 2000 und 2009 in geringem Maße. Nach einem Anstieg von 25.000 auf 30.000 zwischen 2000 und 2007 verringerte sich die Zahl der selbstständig Tätigen auf 27.700 im Jahr 2008³⁶ ³⁷ und weiter auf 25.300 in 2009.

³⁵ Bundesagentur für Arbeit (2010)

³⁶ SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen –2009-, S. 79; Statistisches Landesamt Bremen (2009): Statistisches Jahrbuch 2009, S. 66

³⁷ Keller, Berndt/ Seifert, Hartmut (2006): Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität

5.3 Kurzarbeit

Ein weiteres Beschäftigungssegment ist die Kurzarbeit. Als Kurzarbeiter/-innen bezeichnet man alle Beschäftigten, die Kurzarbeitergeld erhalten. Beim Kurzarbeitergeld handelt es sich um eine Leistung der Bundesagentur für Arbeit, die einen vorübergehenden Arbeitsausfall kompensiert. Die Voraussetzung zur Zahlung der Leistung besteht in der ökonomischen Notwendigkeit, betriebliche Arbeitskapazität -vorübergehend- abzubauen. Das Ziel des Kurzarbeitergeldes besteht darin, Arbeitsplätze zu erhalten und Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Dabei unterscheidet man saisonale und konjunkturelle Kurzarbeit. Die Bundesagentur für Arbeit setzt das konjunkturelle Kurzarbeitergeld derzeit ein, um den Abbau von Beschäftigungsverhältnissen in der Wirtschaftskrise zu verhindern. Dabei teilen sich Arbeitnehmer/-innen das verbliebene Arbeitsvolumen, so dass diese weniger arbeiten und verdienen. Diese Regelung verhindert, dass einige Personen ganz arbeitslos werden, während andere voll weiterarbeiten.

Seit dem Jahr 2007 steigen die Fälle von Kurzarbeit auch im Bundesland Bremen extrem an. Im Dezember 2008 zählte die Statistik 1.983 Kurzarbeiter/-innen. Innerhalb des Jahres 2009 nahm die Anzahl der betroffenen Arbeitnehmer/-innen weiterhin extrem zu. Die Anzahl betrug Ende 2009 16.206 Personen.³⁸ Anfang 2010 ging der Wert wieder deutlich zurück auf 4.259.

Anzahl der Kurzarbeiter/-innen im Land Bremen (konjunkturell bedingtes Kurzarbeitergeld) 2007-2009 (jeweils Dezember)

	Land Bremen	Bremen	Bremerhaven
2007	33	14	19
2008	1.983	1.959	24
2009	16.206	15.078	1.128
2010 (März)	4.259	3.148	1.111

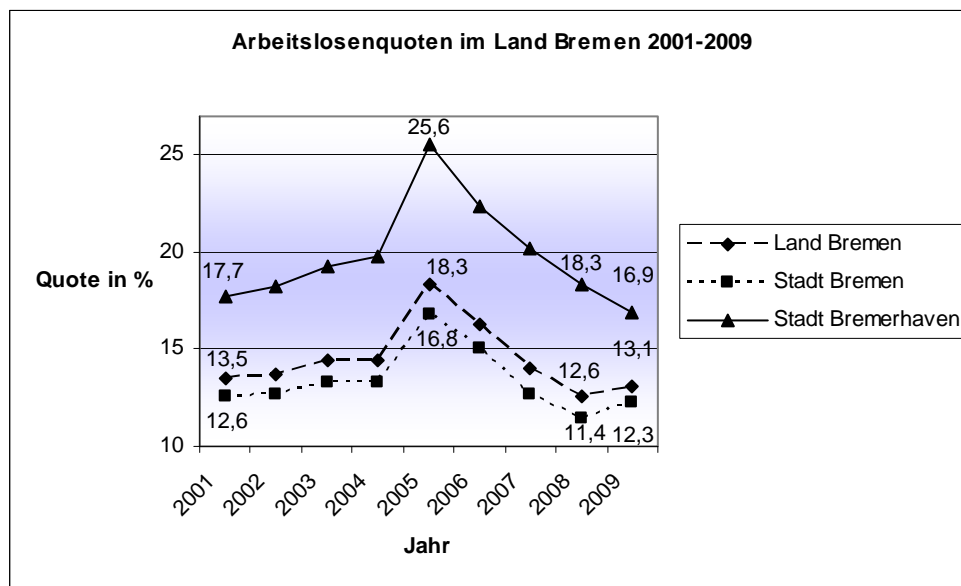
Quelle: SAFGJS (2011)

³⁸ Bundesagentur für Arbeit (2011)

5.4 Arbeitslosigkeit

Im Zeitverlauf stieg der Anteil der Arbeitslosen zwischen 2001 und 2004 an. Die deutliche Erhöhung der Quoten im Jahre 2005 erklärt sich mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II im selben Jahr. Die Statistik berücksichtigt seitdem alle erwerbsfähigen Arbeitslosen. Ab 2006 sanken die Arbeitslosenquoten bis 2008 deutlich ab, um dann in 2009 im Land Bremen erneut anzusteigen (in der Stadt Bremen ebenfalls, in Bremerhaven sank die Quote weiter). Die Arbeitslosenquoten³⁹ betragen 2009 im Durchschnitt 13,1 Prozent im Bundesland Bremen, 12,3 Prozent in der Stadt Bremen und 16,9 Prozent in Bremerhaven. In absoluten Zahlen ausgedrückt waren damit 38.247 (2008: 36.837) Personen im Land Bremen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote lag erheblich über dem deutschen Durchschnittswert von 8,7 Prozent. Im Vergleich mit den Stadtstaaten nahm Bremen 2009 zwischen Hamburg mit einer Arbeitslosenquote von 9,8 und Berlin mit 15,7 Prozent die mittlere Position ein.^{40 41}

Arbeitslosenquoten im Land Bremen 2001-2009



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2011) – eigene Darstellung

³⁹ Arbeitslosenquote an allen abhängigen zivilen Erwerbspersonen, ab dem Berichtsjahr 2010 aufgrund einer Systemänderung bei der Bundesagentur für Arbeit umzustellen auf „an allen zivilen Erwerbspersonen“

⁴⁰ Statistisches Landesamt Bremen (2011)

⁴¹ Bundesagentur für Arbeit (2011)

Im Bundesland Bremen lag die Arbeitslosenquote für Männer mit 13 Prozent im Durchschnitt des Jahres 2008 etwas über dem Anteil erwerbsloser Frauen von 12,1 Prozent.⁴²

Junge Menschen unter 25 Jahren waren mit 9,7 Prozent unterdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. Jedoch übertraf das Land Bremen damit den Bundesschnitt von 7,2 Prozent um 2,5 Punkte. Dagegen waren mit 22,7 Prozent weniger über 50-Jährige als erwerbslos gemeldet (Bund 26,3 Prozent). Die Arbeitslosenquote unter Ausländern/-innen betrug 2008 25,7 Prozent⁴³ und lag damit signifikant über dem bundesweiten Durchschnittswert von 18,1 Prozent.⁴⁴

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen erreichte 2008 im Bundesland Bremen 44,5 Prozent und stieg damit im Vergleich zu 43,7 Prozent im Jahre 2006 um 0,8 Prozentpunkte an.^{45 46}

⁴² Statistisches Landesamt Bremen (2010)

⁴³ Die Statistik weist Ausländer/-innen, jedoch keine Daten für Migranten/-innen aus.

⁴⁴ Bundesagentur für Arbeit (2010): Arbeitsmarkt in Jahreszahlen. Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf. Stand: 03. Juni 2010, [http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/aktuell/iiia4/laender_heftd.xls].

⁴⁵ Statistisches Landesamt Bremen (2010), vgl. hierzu die Entwicklung des SGB II

⁴⁶ Der Datenreport verwendet die Arbeitslosenquoten bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen. Ab 2009 erfolgt die Umstellung auf die Quoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen inklusive Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen.

6. Frühkindliche Bildung und Schulbildung

Der Datenreport beschränkt sich im Folgenden auf die Bereiche Kinderbetreuung und Schulbildung, weil die Darstellung hierfür auf aktuelle Daten zurückgreifen konnte.

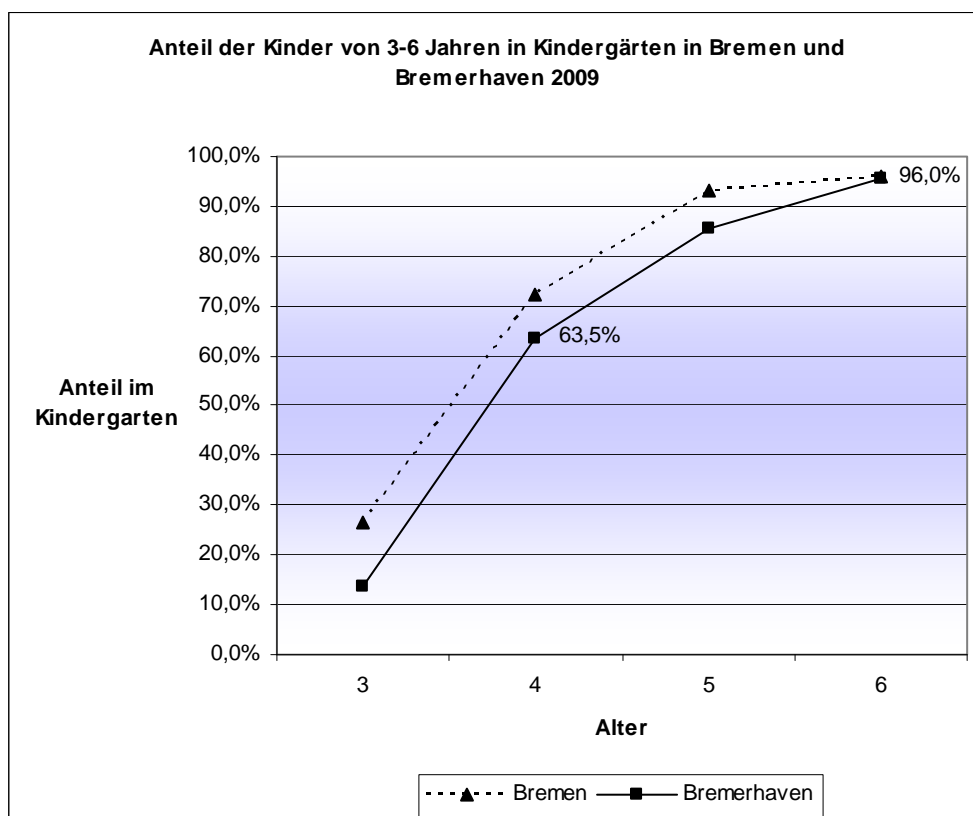
6.1 Kinderbetreuung

Kinder im Vorschulalter werden – je älter sie sind – zu einem immer größeren Anteil betreut.

Am 31. Mai 2010 nahmen im Bundesland Bremen 3.119 unter 3-Jährige an der Kindertagesbetreuung teil. Das entspricht einer Betreuungsquote von 19,12 Prozent.⁴⁷ Bis Oktober 2011 stieg die Quote auf 22,3 Prozent, das entsprach 3.643 Kindern unter 3 Jahren.

In Bremerhaven ist die Betreuungsquote in fast jedem Lebensjahr etwas niedriger als in Bremen Stadt. Bei 6-Jährigen erreichen die Betreuungsquoten in Bremen Stadt sowie in Bremerhaven mit ca. 96 Prozent fast die 100%-Grenze. Die Quoten sind seit 2007 konstant.⁴⁸

Betreuungsquoten in den Kindertagesstätten für Bremen und Bremerhaven 2009⁴⁹



Quelle: SAFGJS, eigene Erhebung 2010

⁴⁷ SAFGJS (2011)

⁴⁸ Weitere differenzierte Angaben zur Kinderbetreuung finden sich bei SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen, S. 197ff

⁴⁹ Die Grafik wird im Datenreport 2012 aktualisiert

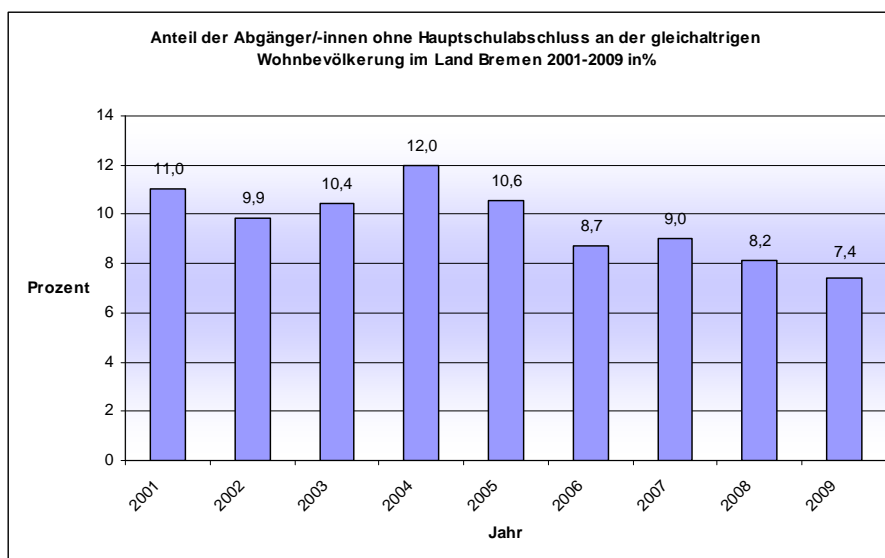
6.2 Schulabschlüsse

Die Relation der Schulabschlüsse zueinander war im Land Bremen in den vergangenen Jahren relativ konstant. Das Abitur erlangen etwas über 30 Prozent der Schüler/innen eines Abschlussjahrganges. Mit dem Mittleren Schulabschluss (früher: Realschulabschluss) verlassen circa 40 Prozent die Schule und knapp unter 20 Prozent erreichen die einfache oder erweiterte Berufsbildungsreife (früher: Hauptschulabschluss). Im Jahr 2008 teilten sich die Absolventen/-innen wie folgt auf: 33 Prozent der Schüler/innen erhielten das Abitur, 42 Prozent erlangten einen mittleren Schulabschluss und 18 Prozent die Berufsbildungsreife, sieben Prozent verließen die Schule ohne einen Abschluss. Dabei zeigten sich Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die Mädchen und jungen Frauen erreichten zu einem höheren Anteil das Abitur (37 %), während nur 15 Prozent von ihnen mit der Berufsbildungsreife abgingen. Auch bei den Jugendlichen ohne Schulabschluss wiesen die Abgängerinnen mit sechs Prozent einen niedrigeren Anteil auf.

Eine sozial- und bildungspolitisch wichtige Kennzahl ist der Anteil derjenigen, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen, da Menschen ohne Schulabschluss ein erhöhtes Armutsrisiko haben. Ihr Anteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung ist von 2001 bis 2009 deutlich zurückgegangen und soll in den kommenden Jahren weiter sinken.⁵⁰

Die Werte von Schulabgängern/-innen ohne Schulabschluss an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung unterscheiden sich zwischen ausländischen und deutschen Schülern/-innen erheblich. Im Jahre 2009 verließen 12,8 Prozent der ausländischen Schüler/innen die Schule ohne Abschluss, demgegenüber waren es 6,5 Prozent der deutschen Schüler/innen.

Anteil der Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss (in Bremen Berufsbildungsreife) im Land Bremen 2001-2009



Quelle: Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Dokumentation 188/ Senatorin für Bildung und Wissenschaft

⁵⁰ Vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen, S. 107

Die gegenläufige Entwicklung kann beim Abitur beobachtet werden. Hier betrug der Anteil an der gleichaltrigen deutschen Wohnbevölkerung 37,4 Prozent gegenüber 11,8% an der ausländischen gleichaltrigen Wohnbevölkerung. Die Bildungschancen deutscher und ausländischer Kinder gehen also deutlich auseinander.

Innerhalb der Schulen des Landes Bremen wurden 38,7 Prozent der Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf 2009 integriert beschult. Während diese Quote in der Stadt Bremen bei 42,3 Prozent lag, betreute Bremerhaven nur 24,3 Prozent der Schüler/-innen mit einem solchen Bedarf in Integrationsklassen.⁵¹

⁵¹ Senatorin für Bildung und Wissenschaft (2010)

7. Wohnen

Wohnen, Wohnqualität und Lebensqualität gehören unmittelbar zusammen. Allen Bürgern und Bürgerinnen einen Zugang zu adäquatem Wohnraum zu ermöglichen, gehört deshalb zu den wichtigsten Aufgaben auch der Politik und der Sozialsysteme. Wohnen und die Teilhabe am Erwerbsleben stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang, auch deshalb ist der Zugang von immenser Wichtigkeit. Wie sich die Anzahl der Haushalte in Relation zu den in Bremen zur Verfügung stehenden Wohnungen entwickelt, wird im Bericht „Lebenslagen im Land Bremen“ aufgezeigt.⁵²

7.1 Kosten der Unterkunft (KdU)

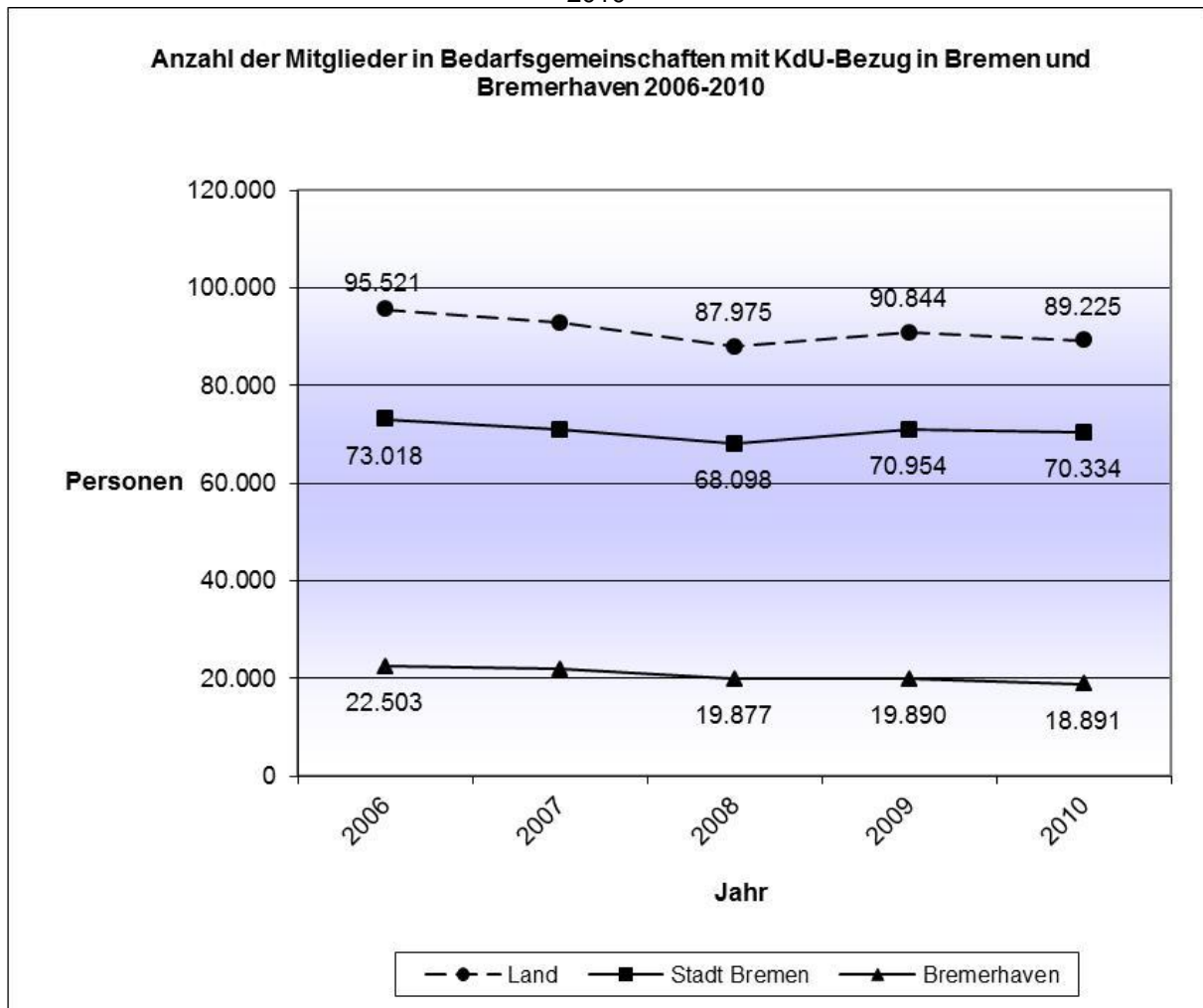
Für Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II werden gemäß § 22 SGB II zusätzlich zu den Regelleistungen auch die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) übernommen. Ende 2008 wurden laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit zur Wohn- und Kostensituation von SGB II-Empfänger/-innen durchschnittlich 6,99 €/m als Kosten der Unterkunft inkl. Neben- und Heizkosten in Bremen und 6,32€/m in Bremerhaven anerkannt.⁵³ Nach einer Anpassung der Verwaltungsanweisung zu § 22 SGB II im Jahr 2009 auf die Werte nach dem Wohngeldgesetz (WOGG) zeigt sich für die Stadt Bremen Ende 2010 eine deutliche Steigerung der anerkannten durchschnittlichen KdU je Quadratmeter auf 7,25 €⁵⁴. In Bremerhaven wurden im Dezember 2010 durchschnittlich 6,29 € je Quadratmeter anerkannt. In der Stadt Bremen haben im Dezember 2010 wie schon Ende 2009 ca. 38.000 Bedarfsgemeinschaften diese Leistung erhalten. In den Gemeinschaften lebten rd.70.400 Personen, das sind etwas weniger als Ende 2009 mit ca. 71.000 Personen. In Bremerhaven waren es Ende 2010 ca. 10.700 Bedarfsgemeinschaften mit ca. 18.900 Personen gegenüber ca. 10.500 Bedarfsgemeinschaften Ende 2009 mit etwa 20.000 Menschen. Die folgende Tabelle zeigt für die Stadt Bremen, dass die Anzahl der Menschen in Haushalten mit KdU-Bezug nach einem leichten Rückgang 2008, einem Anstieg 2009 nun wieder etwas zurückgegangen ist. In Bremerhaven blieb die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften etwa auf gleichem Niveau, die Zahl der Personen in diesen Bedarfsgemeinschaften stieg allerdings an.

⁵² Vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen –2009-, S. 122ff

⁵³ Bezogen auf alle Wohnungsgemeinschaften, für die Quadratmeterangaben vorlagen.

⁵⁴ Anerkannte Bruttowarmmiete (KdU inkl. Heizkosten) je Wohnungsgemeinschaft.

Anzahl der Mitglieder in Bedarfsgemeinschaften mit KdU-Bezug in Bremen und Bremerhaven 2006-2010

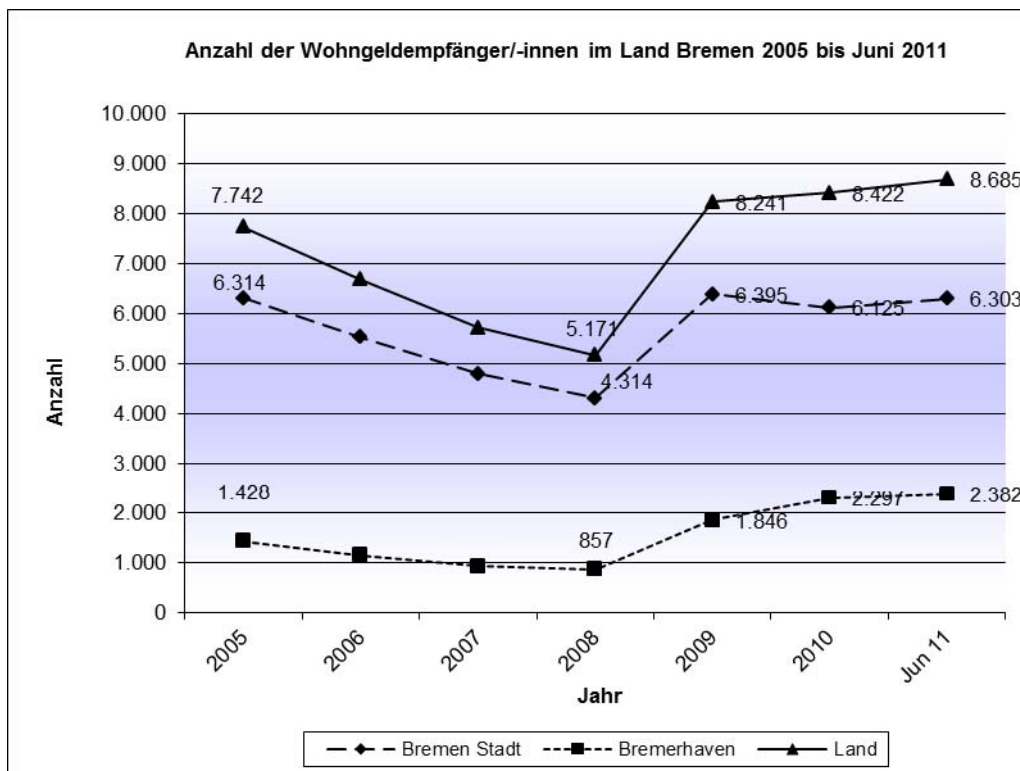


Quelle: BA, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Report für Kreise und kreisfreie Städte, Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven, Tabelle 3.2, Landeszahlen: eigene Berechnung

7.2 Wohngeld

Erwerbstätige, Selbständige, Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld I, Rentnerinnen und Rentner sowie sonstige Personen mit geringem Einkommen können Wohngeld in Form eines Mietzuschusses für Mieter/-innen oder eines Lastenzuschusses für Haus- und Wohnungseigentümer/-innen zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens erhalten. Empfänger/-innen von Transferleistungen sind grundsätzlich seit dem 01.01.2005 vom Wohngeld ausgeschlossen. Seit 2005 ist daher die Anzahl der Wohngeldempfänger/-innen sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven zurückgegangen. Mit der zum 1. Januar 2009 beschlossenen Wohngeldreform sind die Wohngeldleistungen wesentlich verbessert worden. Die Anzahl der Wohngeldempfänger/-innen ist in Bremen und Bremerhaven aufgrund dieser Reform kontinuierlich gestiegen. In 2011 gab es 8.685 Wohngeldempfänger/-innen im Land Bremen.

Anzahl der Wohngeldempfänger/-innen im Land Bremen 2005-Juni 2011



Quelle: Statistisches Landesamt (bis 2009); SUBV (2010, 2011) – eigene Darstellung

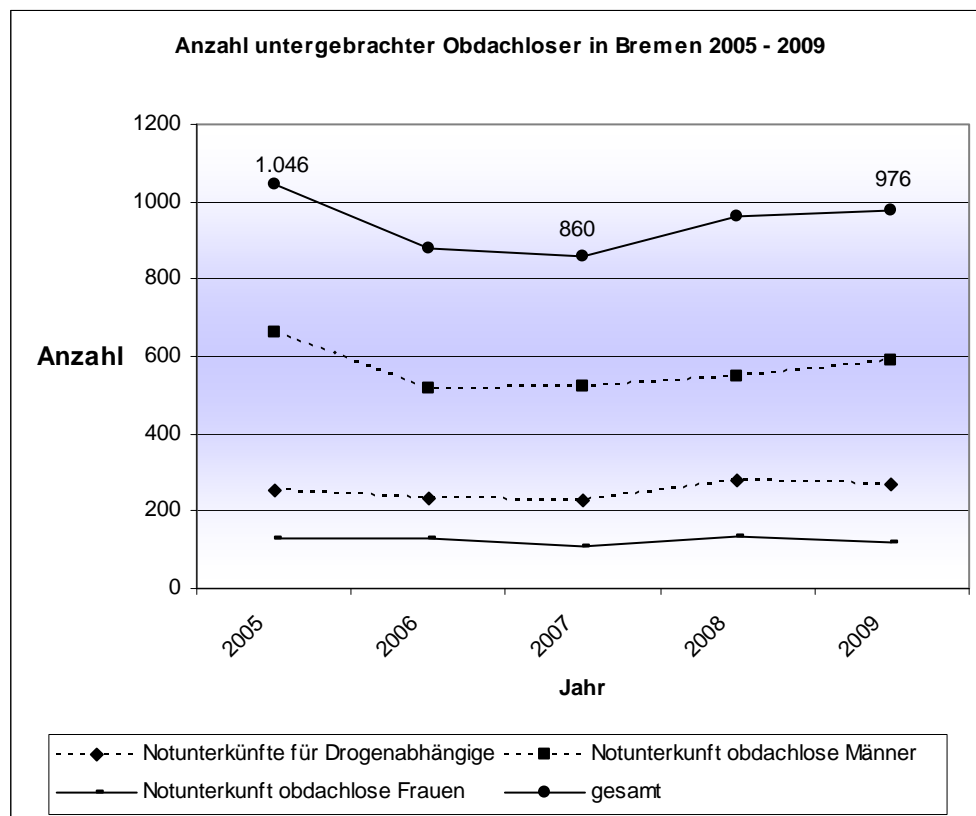
7.3 Wohnungslosigkeit

Die Gründe für Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit können vielfältig sein. Für die Betroffenen bedeutet Obdachlosigkeit eine Einschränkung und Gefährdung in vielen Lebensbereichen.

Als erste Anlaufstelle gibt es in Bremen die Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe, in denen Obdachlose einen Schlafplatz (Akutversorgung) und weitere Unterstützung bekommen können.

Die folgende Grafik zeigt, dass die Zahl der akut Obdachlosen, die in Bremen in Notunterkünften untergebracht werden, seit 2005 relativ konstant bei ca. 1000 pro Jahr liegt. Die Dunkelziffer der amtlich nicht bekannten Obdachlosen wird vom Träger der Obdachlosenhilfe auf zusätzliche 120 – 180 Personen geschätzt.

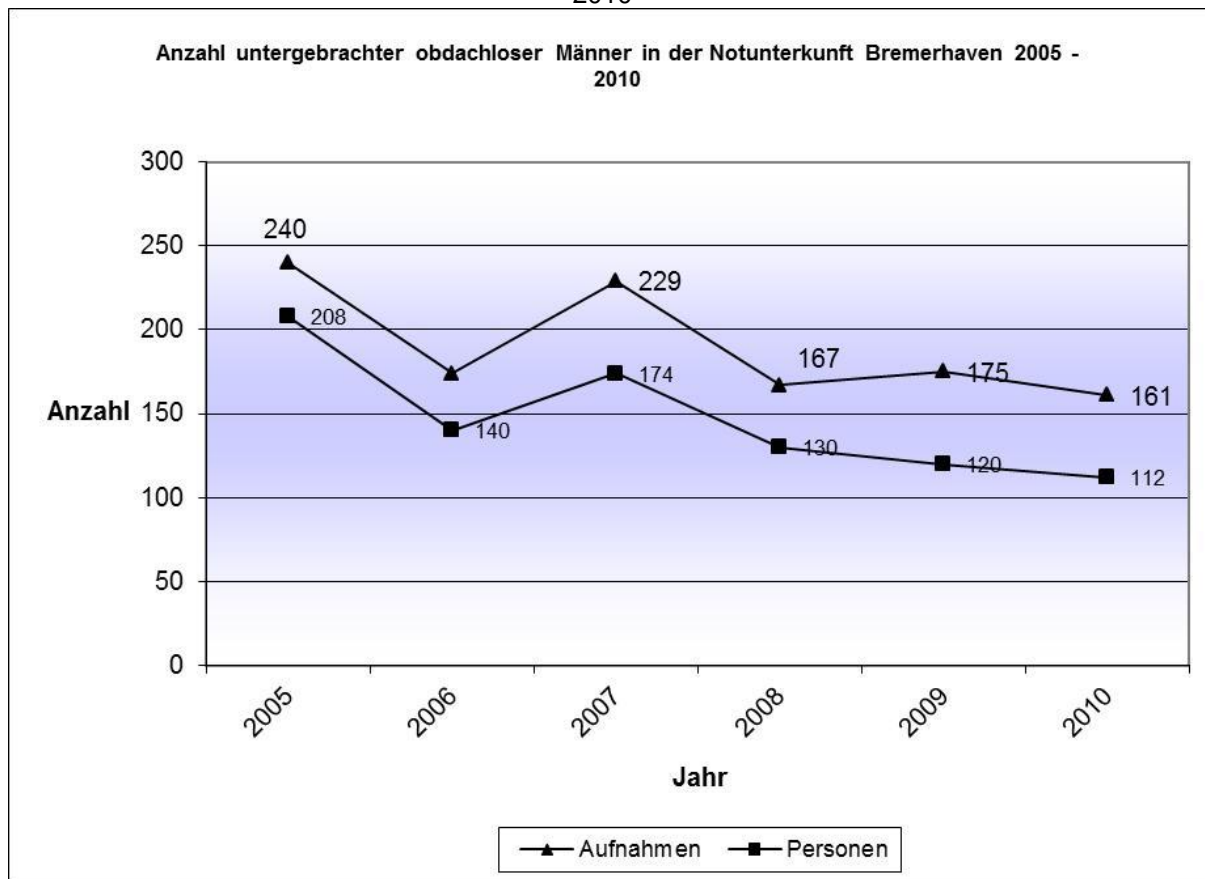
Anzahl untergebrachter Obdachloser in der Stadt Bremen 2005-2009



Quelle: SAFGJS, eigene Erhebung

In Bremerhaven besteht ebenfalls eine Notunterkunft für alleinstehende Männer. Dort gehen die Zahlen der untergebrachten Obdachlosen langsam zurück, wie die folgende Darstellung zeigt:

Anzahl untergebrachter obdachloser Männer in der Notunterkunft Bremerhaven 2005-2010



Quelle: SAFGJS (2009), S. 275; GISBU (2008): Jahresbericht 2008, S. 8, 2010 Daten Bremerhaven ergänzt

Zur Betreuung von „Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten“ stehen in Bremen 246 ambulante Betreuungsplätze zur Verfügung. Dort wird individuelle, sozialintegrative Unterstützung und lebenspraktische Begleitung angeboten. Die meisten Menschen (ca $\frac{3}{4}$) in diesen Einrichtungen werden als erwerbsfähig eingeschätzt und erhalten daher Leistungen nach dem SGB II.

Darüber hinaus existiert ein Personenkreis, der stationär untergebracht ist. Diese Personen werden zum überwiegenden Teil nicht als erwerbsfähig eingestuft und erhalten entweder eine Rente oder Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe). In 2007 betraf das 169 Personen.

8. Gesundheit

Im Folgenden werden zwei Indikatoren herangezogen, die Auskunft über den Zusammenhang zwischen Gesundheit und sozialer Lage geben. Diese sind die Säuglingssterblichkeit und das Übergewicht von Kindern.

8.1 Säuglingssterblichkeit

Die Säuglingssterblichkeit liegt im Land Bremen im Durchschnitt der Jahre 2007 - 2010 bei 5,5 Todesfällen pro 1.000 lebend Geborenen. Es gibt, wie auch schon im Datenreport 2010 für den Zeitraum 2005-2008 festgestellt, eine deutliche räumliche Ausdifferenzierung zwischen Bremen und Bremerhaven, die zeigt, dass die Zahl in Bremerhaven mit 9,4 doppelt so hoch ist wie in Bremen Stadt (4,7).⁵⁵ In der Stadt Bremen bestehen zudem deutliche Unterschiede zwischen den Ortsteilen. Der Durchschnitt in den benachteiligten Stadtteilen, wie sie nach den Sozialindikatoren von 2007⁵⁶ identifiziert wurden, erreicht einen höheren Wert als in den privilegierten Ortsteilen. Der Durchschnittswert liegt in den benachteiligten Gebieten mit 5,41 Todesfällen auf 1.000 Geborene geringfügig unter dem Landesdurchschnitt, über dem Durchschnitt der Stadt Bremen, aber deutlich unter dem Wert für Bremerhaven. In den privilegierten Ortsteilen liegt er bei 4,24 Todesfällen.⁵⁷ Hierbei ist zu beachten, dass infolge der geringen Gesamtzahlen bereits kleinere Zu- oder Abnahmen zu deutlichen Veränderungen bei den Raten führen.

⁵⁵ Wegen der geringen Fallzahl wurde ein Mittelwert für die Jahre 2007 – 2010 gebildet, um statistische Effekte zu minimieren.

⁵⁶ Die gewählten Ortsteile wurden aus Gründen der Vergleichbarkeit mit dem Datenreport 2010 unverändert belassen.

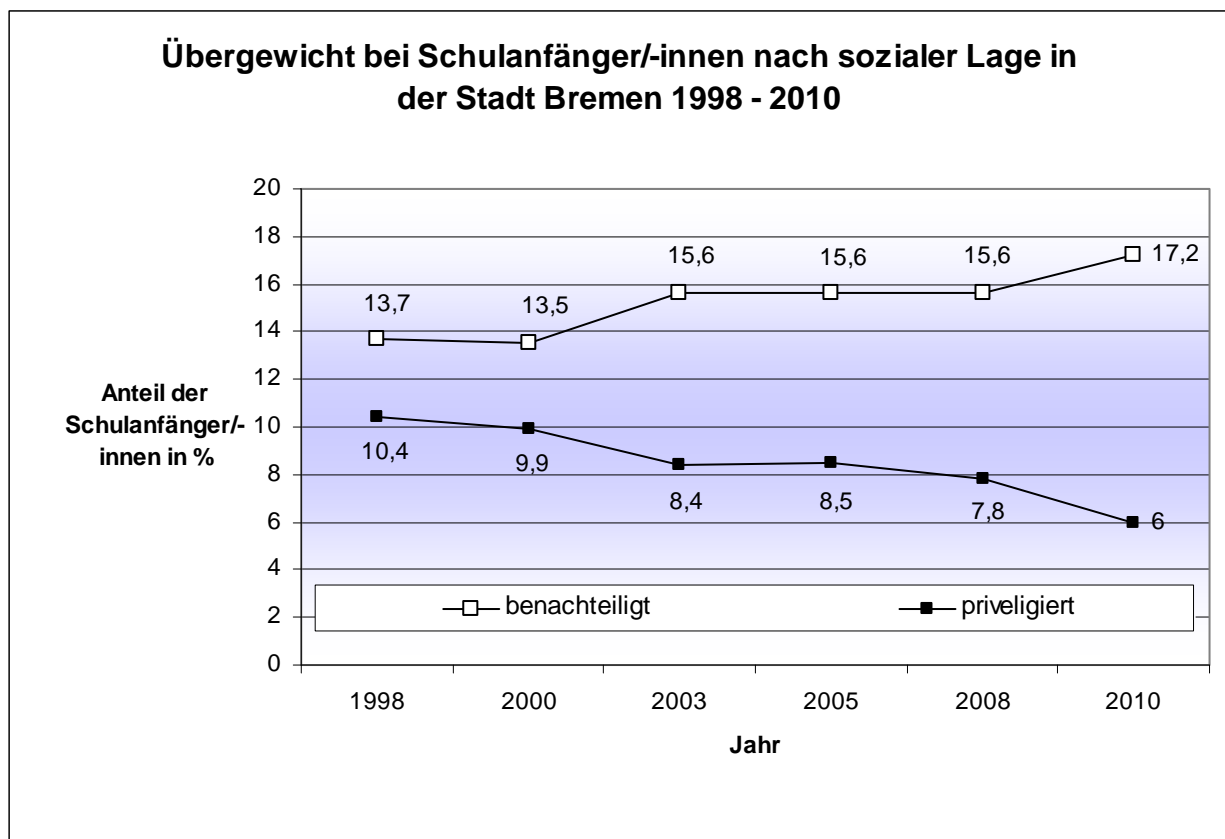
⁵⁷ Die Sozialindikatoren legen ein Ranking der Benachteiligung von Ortsteilen fest. Die benachteiligten Ortsteile umfassen hier Tenever, Gröpelingen, Lindenhof, Neue Vahr Nord, Bahnhofsvorstadt, Neue Vahr Südwest, Lüssum Bockhorn, Sodenmatt, Neue Vahr Südost und Hemelingen. Die privilegierten Ortsteile umfassen Borgfeld, Habenhausen, Oberneuland, Grolland, Bürgerpark, Schwachhausen, Riensberg, Gete, St. Magnus und Radio Bremen.

8.2 Kindergesundheit

Übergewicht und Fettsucht sind weit verbreitete Zivilisationskrankheiten. Sie verursachen gravierende Folgekrankheiten wie Typ-II-Diabetes oder Herz-Kreislaferkrankungen. Kinder mit einer entsprechenden Vorerkrankung tragen also ein erheblich höheres Risiko, an einer solchen Folgekrankheit zu erkranken. Die im Weiteren dargestellten Daten wurden bei der Schuleingangsuntersuchung in der Stadt Bremen über mehrere Jahre erhoben, sie erfassen alle Kinder eines Schuljahrganges. Es kann festgestellt werden, dass der langfristige Trend eher eine Stagnation zeigt. In den vergangenen Jahren waren im Land Bremen ca. 12 Prozent der Kinder bei der Untersuchung übergewichtig oder fettleibig. Damit liegt Bremen über dem gesamtdeutschen Wert von 9 Prozent.

Innerhalb Bremens bestehen folgende Auffälligkeiten: Besonders markant ist die Unterscheidung nach den Ortsteilen. Kinder aus benachteiligten Ortsteilen in Bremen Stadt sind etwa doppelt so häufig übergewichtig wie Kinder aus privilegierten Ortsteilen. Der Anteil der betroffenen Kinder aus den benachteiligten Ortsteilen stagniert, demgegenüber sinkt er in den privilegierten Ortsteilen. Es wird erwartet, dass sich dieser Trend fortsetzt.

Anteil übergewichtiger Schulanfänger/-innen nach sozialer Lage in der Stadt Bremen 1998-2010



Quelle: Gesundheitsamt (2010)

Die Betrachtung nach Kommunen zeigt für Bremerhaven im Jahr 2008 einen leicht höheren Anteil Übergewichtiger (13,1%) als in Bremen Stadt (11,7%).

Für die Stadt Bremen sind in Abb. 27 die Entwicklungen für privilegierte (Rückgang) und benachteiligte (Zunahme) Stadtteile ausgewiesen.

9. Partizipation

9.1 Wahlbeteiligung

Viele Faktoren wie Einkommen, Bildung, Gesundheit oder die persönliche Sozialisation haben einen Einfluss darauf, ob eine Wahlteilnahme stattfindet.⁵⁸ Die Wahlbeteiligungen unterscheiden sich im Wesentlichen nach der von den Wählenden unterschiedlich eingeschätzten Bedeutung der Wahl und differieren nach dem Wohnort.

Nach Erscheinen des Berichts „Lebenslagen im Land Bremen“ hat eine Bundestagswahl stattgefunden. Die Wahlbeteiligung bei dieser Wahl wird nachfolgend mit den Ergebnissen des Berichtes verglichen.

Im Land Bremen haben an der Bundestagswahl 2009 etwa 70 Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen. Auch hier zeigt sich ein Unterschied zwischen Bremen und Bremerhaven. Während in Bremen Stadt die Wahlbeteiligung bei 71,4 Prozent lag, erreichte sie in Bremerhaven lediglich 65 Prozent. Damit hatte Bremen Stadt bei dieser Wahl eine ähnlich hohe Wahlbeteiligung wie im Durchschnitt das gesamte Bundesgebiet. Der niedrigere Wert in Bremerhaven liegt statistisch gleichauf mit den neuen Bundesländern. Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist ein bundesweites Phänomen und stellt keine bremenspezifische Besonderheit dar.

Im Bericht von 2009 werden die Ortsteile Tenever und Gröpelingen als diejenigen beschrieben, die kontinuierlich die geringste Wahlbeteiligung zeigen. Auf der anderen Seite sind Borgfeld und Oberneuland als die Ortsteile mit der höchsten Wahlbeteiligung zu nennen. Tatsächlich war Tenever auch bei der Bundestagswahl 2009 der Ortsteil mit der niedrigsten Wahlbeteiligung. Mit 52,7 Prozent war die Beteiligung so gering wie bei keiner Bundestagswahl seit 1990. Auch Gröpelingen erreichte mit 57,2 Prozent einen neuen Tiefststand. Zu den Ortsteilen mit den niedrigsten Werten zählte auch Ohlenhof (56%). Die folgende Tabelle zeigt ausgewählte Ortsteile der Stadt Bremen mit den niedrigsten bzw. den höchsten Wahlbeteiligungen.

⁵⁸ Vgl. SAFGJS (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen –2009-, S. 164

Wahlbeteiligung in der Stadt Bremen – Ortsteile mit niedrigsten und höchsten Beteiligungsquoten
1990-2009

Wahltag	Stadt Bremen	Ortsteil 373 Tenever	Stadtteil 44 Gröpelingen	Ortsteil 351 Borgfeld	Ortsteil 361 Oberneuland
Bundestagswahlen					
02.12.1990	77,7 %	65,6 %	70,6 %	85,8 %	86,9 %
16.10.1994	79,3 %	67,7 %	71,8 %	88,2 %	88,2 %
27.09.1998	82,7 %	74,6 %	76,2 %	89,5 %	89,3 %
22.09.2002	79,6 %	67,4 %	70,9 %	88,6 %	88,1 %
18.09.2005	76,2 %	60,7 %	65,3 %	89,1 %	85,8 %
27.09.2009	71,4 %	52,7 %	57,2 %	87,6 %	83,0 %

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen

Borgfeld erreichte mit 87,6 Prozent wie erwartet den besten Wert. Auch in Oberneuland war die Beteiligung mit 83 Prozent sehr hoch. Geringfügig darüber lag sie in anderen privilegierten Ortsteilen wie Barkhof, Habenhausen, Bürgerpark, Schwachhausen und Gete. Der Abstand zwischen dem schlechtesten und dem besten Ergebnis erreichte 34,9 Prozentpunkte.

Auch in der Stadt Bremerhaven variierte die Wahlbeteiligung zwischen den Ortsteilen. Die Ortsteile Speckenbüttel (85,5%) und Schiffdorferdamm (77,8%) wiesen bei der Bundestagswahl die höchste Beteiligung auf. Auf den letzten Rängen lagen hingegen Leherheide-West (50,8%) und der Ortsteil Goethestraße, wo mit lediglich 48,9 Prozent weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Die Abweichung zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Wert lag in Bremerhaven bei 35,6 Prozentpunkten.

Wahlbeteiligung in der Stadt Bremerhaven

Wahltag	Stadt Bremerhaven	OT Speckenbüttel	OT Schiffdorferdamm	OT Leherheide-West	OT Goethestraße
27.09.2009	65%	85,5%	77,8%	50,8%	48,9%

Quelle: Statistisches Amt und Wahlamt Bremerhaven (2010)

Der Vergleich mit den Kennzahlen aus dem Themenbereich Einkommen (Durchschnittliches steuerpflichtiges Einkommen und SGB II-Bezug) zeigt, dass die Bürger/-innen in den Ortsteilen mit hoher Wahlbeteiligung vergleichsweise hohe Einkommen erzielen, demgegenüber leben in Ortsteilen mit geringer Wahlbeteiligung überwiegend Bewohner/-innen mit geringem Einkommen. Dieser Zusammenhang kann sowohl für Bremen als auch für Bremerhaven festgestellt werden.

9.2 Freiwilliges Engagement

Im Jahr 2009 sind die Daten für den dritten Freiwilligensurvey vom Institut TNS Infratest Sozialforschung in München erhoben worden. Erstmals wurden Informationen für das Bundesland Bremen ermittelt. Die Veröffentlichung fand im Februar 2010 statt und der Bericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hierzu erschien im Sommer 2010. Als Großstadt mit hohem Arbeitslosen- und Migranten/-innenanteil sowie schlechten Pisaergebnissen wäre für Bremen eine sehr niedrige Engagementquote von 20 bis 22 Prozent zu erwarten gewesen.⁵⁹ Tatsächlich jedoch liegt die Quote mit 30 Prozent nicht nur deutlich höher, sondern auch über den Quoten der anderen beiden Stadtstaaten Hamburg (29%) und Berlin (28%).

Für das Bundesgebiet zeigen die vorliegenden Ergebnisse des dritten Freiwilligensurveys, dass 71 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahre über ihre privaten und beruflichen Verpflichtungen hinaus in Gruppen, Vereinen oder Verbänden sowie Organisationen und öffentlichen Einrichtungen aktiv beteiligt sind. 36 Prozent haben darüber hinaus freiwillig und unentgeltlich (oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung) längerfristig Arbeiten, Aufgaben oder Funktionen übernommen – sie sind freiwillig engagiert. Das Engagement findet vor allem in Vereinen und Verbänden, in öffentlichen Einrichtungen und den Kirchen statt, aber auch in kleinen Gruppen, Projekten und Initiativen. Die intensive zivilgesellschaftliche Beteiligung in Deutschland ist eine stabile und nachhaltige Größe: Im Schnitt üben die Freiwilligen ihre Aufgaben bereits seit zehn Jahren aus. 90 Prozent der Engagierten sind mindestens einmal im Monat tätig, und immerhin 56 Prozent mindestens einmal pro Woche.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich bundesweit vor allem das Engagementpotenzial erhöht, d.h. die grundsätzliche Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, ein Engagement zu übernehmen, stieg von 26 Prozent (1999) auf 37 Prozent (2009) an.

Nach der Kurzfassung des Freiwilligensurveys 2010 sind Männer häufiger engagiert als Frauen. Es gibt aber Phasen, in denen die Engagementquote der Frauen höher liegt, das sind der sogenannte „Familiengipfel“ im Alter zwischen 35 und 54 Jahren und der „Ruhestandsgipfel“ im Alter von 65-69 Jahren. Im Durchschnitt sind Männer mit 40% jedoch deutlich häufiger engagiert als Frauen (32%). Während Frauen eher im sozialen Bereich aktiv sind, dominiert bei den Männern das Engagement im Verein.⁶⁰

⁵⁹ Vgl. ARB, S. 174

⁶⁰ Vgl. BMFSFJ (2010): Monitor Engagement. Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Im Internet: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=140472.html>

10. Stadt- und ortsteilbezogene Datenauswertung

10.1 Zusammensetzung der Bevölkerung

Informationen zur Bevölkerungsstruktur in den Ortsteilen (Altersgruppen, Migranten/-innen, Familienstatus, etc.) ermöglichen keine unmittelbaren Schlussfolgerungen zur räumlichen Verteilung von Armut und Reichtum. Erst zusätzliche Daten wie z.B. das Einkommen oder der SGB II-Bezug lassen Aussagen zur sozialen Lage in den Ortsteilen zu. Die Bevölkerungsdaten erlauben dann Überlegungen, ob bestimmte Personengruppen überproportional häufig in benachteiligten oder wohlhabenden Ortsteilen wohnen. In dem Fall kann man einen Zusammenhang zwischen dem demografischen Merkmal (z.B. Altersgruppe) und der sozialen Lage annehmen.

Alterszusammensetzung

Um die Alterszusammensetzung in den Ortsteilen zu beschreiben, können die Alten- und Jugendquotienten herangezogen werden. Der Altenquotient stellt das Verhältnis der 18-65-Jährigen zu den über 65-Jährigen Einwohnern/-innen dar. Der Jugendquotient bildet das Verhältnis der 18-65-Jährigen zu den unter 18-Jährigen Einwohnern/-innen ab. Ortsteile mit einem hohen Altenquotient weisen einen hohen Anteil älterer Menschen über 65 Jahre, Ortsteile mit einem hohen Jugendquotienten einen hohen Anteil jüngerer Menschen unter 18 Jahren auf.

Die „ältesten Ortsteile“ in der Stadt Bremen sind Grolland (Altenquotient 61,5), Ellener Feld (60,7) und Neue Vahr Südwest (56,5). Der städtische Durchschnitt liegt erheblich darunter, bei 33,5. Als Ortsteile mit den geringsten Anteilen über 65-Jähriger gelten das Ostertor (15,8), Steintor (13,8) und Fesenfeld (13,6).

Die „jüngsten“ Ortsteile sind demgegenüber Tenever (Jugendquotient 45,7), Borgfeld (38,4) und Arsten (34,8). Der Durchschnittswert liegt in der Stadt Bremen bei 24. Den geringsten Jugendanteil weisen die Ortsteile Bahnhofsvorstadt (9,3), Alte Neustadt (9,0) und Altstadt (6,8) auf.

Alten- und Jugendquotienten in den Ortsteilen der Stadt Bremen 2008

Ortsteil	Altenquotienten 2008
Fesenfeld	13,6
Steintor	13,8
Ostertor	15,8
<i>Stadt Bremen</i>	33,5
Neue Vahr Südwest	56,5
Ellener Feld	60,7
Grolland	61,5

Ortsteil	Jugendquotienten 2008
Altstadt	6,8
Alte Neustadt	9,0
Bahnhofsvorstadt	9,3
<i>Stadt Bremen</i>	<i>24,0</i>
Arsten	34,8
Borgfeld	38,4
Tenever	45,7

Quelle: Statistisches Landesamt (2010) – eigene Darstellung

In Bremerhaven ist der Jugendquotient mit 27 etwas höher als in Bremen Stadt (24). Auch hier gibt es Ortsteile mit besonders niedrigen Quotienten wie Mitte-Süd (12,6), Geestemünde (Nord & Süd) (17,5 & 20,2) oder Twischkamp (20,2). Den höchsten Quotienten hat Schierholz (40), gefolgt von Leherheide-West, Grünhöfe, Eckernfeld und Bürgerpark mit je etwa 33.

Auch der Altenquotient liegt in Bremerhaven (36) höher als der Stadtbremer (33). Dabei sind Geestemünde-Süd (57,4), Mitte-Süd (55,5) und Speckenbüttel (50,6) die Spitzenreiter. Im Verhältnis zu den 18-65-jährigen leben in den Ortsteilen Goethestraße, Schierholz und Klushof sehr wenig ältere Menschen. Dort beträgt der Altenquotient 26 und weniger.⁶¹

Migranten/-innenanteil

In allen Ortsteilen der Stadt Bremen steigt der Migranten/-innenanteil leicht, aber kontinuierlich an. Eine differenzierte Auswertung zeigt, dass in benachteiligten Ortsteilen die größten Anteile an Migrantinnen und Migranten leben. Die höchsten Werte erreichen die Ortsteile Tenever (60%) und Neue Vahr Nord (53,3%). Die geringsten Anteile findet man in den Ortsteilen Grolland (8%) und Habenhausen (9,7%).^{62 63}

Familienstatus alleinerziehend

In Bremen Stadt sind von allen Haushalten mit Kindern 29 Prozent Haushalte Alleinerziehender. Dieser Anteil variiert in den verschiedenen Ortsteilen. Alleinerziehende haben ein hohes Armutsrisiko und entsprechend sind deren Anteile in benachteiligten Ortsteilen besonders ausgeprägt. Die höchsten Quoten finden sich in der Neuen Vahr Südwest (48%), in Gröpelingen (41%) und im Steffensweg (39%). Die niedrigsten Anteile Alleinerziehender gibt es hingegen in den privilegierten Ortsteilen Borgfeld (11%), Osterholz (14%) und Oberneuland (17%).^{64 65}

⁶¹ Vgl. hierzu 3.2

⁶² Für Bremerhaven liegen keine Daten zum Anteil von Migranten/-innen an der Bevölkerung vor.

⁶³ Vgl. hierzu 3.3

⁶⁴ Für Bremerhaven liegen keine Daten zum Anteil von Alleinerziehenden in den Ortsteilen vor.

10.2 Steuerpflichtiges Einkommen

Für die Stadt Bremen liegen Daten über die durchschnittlichen Einkünfte je Steuerpflichtigem in den Ortsteilen vor. Die Werte stammen aus dem Jahr 2007. Für die Stadt Bremerhaven existieren Ortsteildaten für das Jahr 2004.⁶⁶ In der Stadtgemeinde Bremen nahm der Ortsteil Horn im Jahr 2007 mit einem durchschnittlichen Einkommen von 108.145 Euro den Spitzenplatz ein. Es folgten die Ortsteile Oberneuland (83.842 Euro) und Bürgerpark (65.617 Euro). Die Ortsteile In den Wischen (8.304 Euro) und Neue Vahr Nord, Gröpelingen und Neue Vahr Südost wiesen mit jeweils ca. 16.500 Euro die niedrigsten Einkommen auf.

In Bremerhaven verdienten 2004 die Bewohner/-innen der Ortsteile Speckenbüttel (38.282 Euro), Weddewarden (32.579 Euro) und Fehrmoor (31.926 Euro) am meisten. Die niedrigsten Einkommen erzielten die Steuerpflichtigen in den Bremerhavener Ortsteilen Goethestraße (16.975 Euro) und Leherheide-West (16.197 Euro).⁶⁷

10.3 SGB II-Bezug

Die Anteile von Leistungsbeziehern/-innen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch variieren Ende 2010 in den Ortsteilen der Stadt Bremen von 2,4 Prozent in Borgfeld bis zum Spitzenwert 39,3 Prozent in Tenever. Die folgende Karte stellt vier Ortsteilgruppen dar. Die insgesamt 78 Ortsteile wurden anhand der SGB II – Quote, angefangen mit dem niedrigsten Wert, in eine Reihenfolge gebracht und in vier Gruppen unterteilt. Die Auswertung zeigt einen hohen Anteil von SGB II – Bezug im Norden Bremens. Hier nimmt der Ortsteil Lüssum-Bockhorn mit 25,6 Prozent den Spitzenplatz ein. Auch der Bremer Westen mit dem höchsten Wert im Ortsteil Gröpelingen (38,2 Prozent) sticht heraus.

Darüber hinaus zeigen sich überdurchschnittliche Werte im Süden der Stadt (Ortsteile Kattenturm (28,9 Prozent) und Sodenmatt (26,4 Prozent)) sowie im Osten des Stadtgebiets (Ortsteile Neue Vahr Nord (33,5 Prozent) und Tenever (39,3 Prozent)).⁶⁸

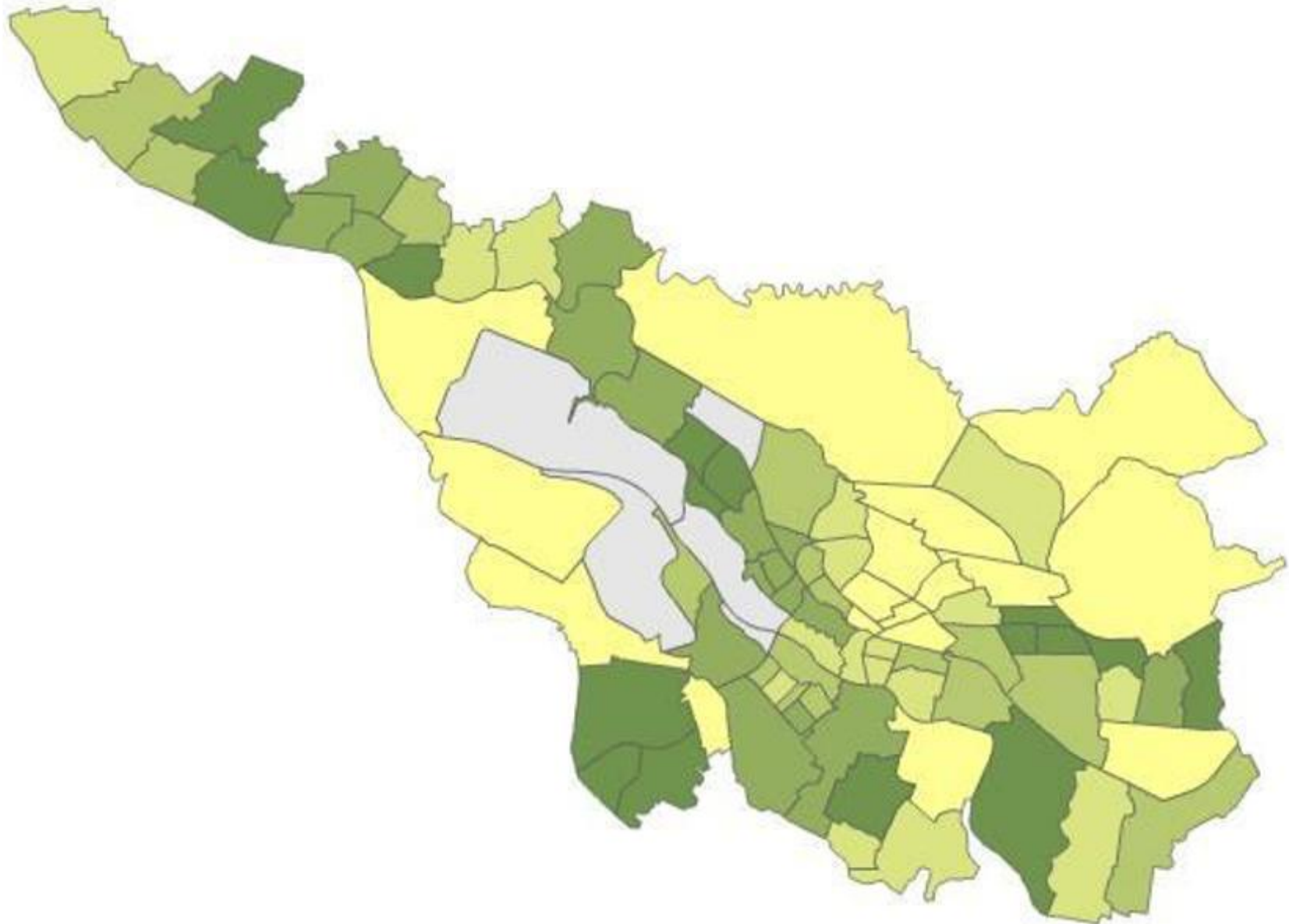
⁶⁵ Vgl. hierzu 3.4

⁶⁶ Die aktuellsten vorliegenden Werte stammen für die Stadt Bremen aus dem Jahr 2007 und die Stadt Bremerhaven aus dem Jahr 2004. Auf Grund von Änderungen in der Steuergesetzgebung sind die Daten nur eingeschränkt vergleichbar. Bremerhaven 2007 wird später eingearbeitet.

⁶⁷ Statistisches Landesamt Bremen (2011)

⁶⁸ Statistisches Landesamt Bremen (2011)

SGB II-Bezug in den Bremer Ortsteilen (Gruppen)



+

Auch in Bremerhaven variieren die SGB II-Quoten zwischen den Ortsteilen. Während in Speckenbüttel 2008 nur 3,5 Prozent der Einwohner/-innen unter 65 Jahren Leistungen nach dem SGB II bezogen, erhielten in dem Ortsteil Goethestraße 44 Prozent der Bewohner/-innen Leistungen nach diesem Gesetz. Wie die Abbildung 31 zeigt, waren die Werte für sieben der 23 Ortsteile schlechter als der Bremerhavener Durchschnitt. In Klushof (33,3%), Grünhöfe (38,4%), Leherheide-West (39,8%) und Goethestraße (44,0%) erhielten sogar mindestens ein Drittel der Bevölkerung diese Transferleistungen.⁶⁹

SGB II-Bezug in den Bremerhavener Ortsteilen 2008

Ortsteil	SGB II-Quote
Speckenbüttel Bhv., 131	3,5
Surheide Bhv., 231	4,2
Fehrmoor Bhv., 122	4,2
Schiffdorferdamm Bhv., 221	6,1
Weddewarden Bhv., 111	7,0
Königsheide Bhv., 121	7,6
Fischereihafen Bhv., 251	8,0
Jedutenberg Bhv., 242	8,4
Buschkämpen Bhv., 137	8,8
Eckernfeld Bhv., 132	11,5
Schierholz Bhv., 136	13,3
Geestemünde-Nord Bhv., 211	16,2
Dreibergen Bhv., 241	19,2
Geestemünde-Süd Bhv., 213	21,6
Mitte-Süd Bhv., 141	22,1
Bürgerpark Bhv., 214	23,0
<i>Stadt Bremerhaven</i>	<i>23,2</i>
Mitte-Nord Bhv., 142	25,9
Geestendorf Bhv., 212	29,3
Twischkamp Bhv., 133	30,1
Klushof Bhv., 135	33,3
Grünhöfe Bhv., 215	38,4
Leherheide-West Bhv., 123	39,8
Goethestraße Bhv., 134	44,0

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2010)

⁶⁹ Vgl. hierzu 4.3

10.4 Bildung

Die Anteile der Bildungsabschlüsse in den Ortsteilen der Stadt Bremen variieren erheblich. So zeigt sich für die Schulabsolventen/-innen des Jahres 2009 ein überproportional hoher Anteil von Schüler/-innen mit Schulabschluss unterhalb des mittleren Schulabschlusses (Berufsbildungsreife / Hauptschulabschluss oder kein Schulabschluss) in den sozial benachteiligten Ortsteilen. Hier lagen die Neue Vahr Nord (49,8% unterhalb des mittleren Schulabschlusses bzw. 7,9% ohne Schulabschluss) und Gröpelingen (44,0% bzw. 9,6%) an der Spitze.⁷⁰ Die geringsten Anteile wiesen hier hingegen die gut situierten Ortsteile Schwachhausen (4,2% bzw. 0%), Neu-Schwachhausen (3,8% bzw. 0%) und Bürgerpark (3,5% bzw. 0%) auf. Der Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und Wohnort bestätigt sich auch bei der Betrachtung der Abiturabschlüsse. Hier nahm der Ortsteil Bürgerpark (83,3%) wiederum die Spitzenposition ein. Der Ortsteil Gröpelingen lag hingegen mit 12,7 Prozent auf einem der hinteren Plätze.⁷¹

⁷⁰ Für die Berechnung der Anteile setzt man die Anzahl der Absolventen/-innen eines Abschlussjahrgangs ins Verhältnis zu einem Durchschnittsjahrgang der gleichaltrigen Wohnbevölkerung. Für den mittleren Schulabschluss verwendet man dabei die Bevölkerungszahl in den Altersgruppen 15-18, für das Abitur verwendet man die Altersgruppen 18-21 Jahre.

Die prozentualen Anteile beruhen zum Teil auf geringen absoluten Werten in den Bezugsgrößen Absolventen/-innen nach Schulabschluss und gleichaltrige Bevölkerung im Ortsteil, was bei einer Bewertung dieser Kennzahlen in Bezug auf einzelne Ortsteile zu berücksichtigen ist.

⁷¹ Vgl. hierzu 6.2

11. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Bevölkerung im Land Bremen 2000-2010.....	9
Abbildung 2:	Bevölkerungsprognose für das Land Bremen 2020.....	9
Abbildung 3:	Altersgruppen im Land Bremen 2009-2010 und Prognose 2020.....	10
Abbildung 4:	Anzahl der Migranten/-innen in der Stadt Bremen 2005-2010.....	11
Abbildung 5:	Familien mit Kindern im Land Bremen 2001-2010.....	12
Abbildung 6:	Haushalte im Land Bremen 2000 - 2009	13
Abbildung 7:	Schwerbehinderte Menschen im Land Bremen 2001-2009.....	15
Abbildung 8:	Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im Land Bremen 2007-2010	16
Abbildung 9:	Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens im Land Bremen 2002 und 2008.....	17
Abbildung 10:	Anzahl der SGB II-Bezieher/-innen im Land Bremen 2005-2010	18
Abbildung 11:	Anzahl der SGB II-Bezieher/-innen im Land Bremen 2005-2010 nach Geschlecht ...	19
Abbildung 12:	Anzahl der Leistungsbezieher/-innen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung SGB XII im Land Bremen 2005-2010	21
Abbildung 13:	Schuldner/-innenquoten nach Creditreform im Land Bremen 2004-2010	23
Abbildung 14:	Anzahl der Verbraucher/-inneninsolvenzen im Land Bremen 2003-2010	24
Abbildung 15:	Erwerbstätigenquote im Land Bremen differenziert nach Geschlecht 2005-2009.....	26
Abbildung 16:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land Bremen (Wohnort) 2001-2009	27
Abbildung 17:	Ausschließlich geringfügig Beschäftigte im Land Bremen (Wohnort) 2000-2010.....	29
Abbildung 18:	Anzahl der Kurzarbeiter/-innen im Land Bremen (konjunkturell bedingtes Kurzarbeitergeld) 2007-2009.....	31
Abbildung 19:	Arbeitslosenquoten im Land Bremen 2001-2009.....	32
Abbildung 20:	Betreuungsquoten in den Kindertagesstätten für Bremen und Bremerhaven 2009 ...	34
Abbildung 21:	Anteil der Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss (in Bremen Berufsbildungsreife) im Land Bremen 2001-2009.....	35
Abbildung 22:	Anzahl der Mitglieder in Bedarfsgemeinschaften mit KdU-Bezug in Bremen und Bremerhaven 2006-2010.....	38
Abbildung 23:	Anzahl der Wohngeldempfänger/-innen im Land Bremen 2005-2011	39
Abbildung 24:	Anzahl untergebrachter Obdachloser in der Stadt Bremen 2005-2009.....	40
Abbildung 25:	Anzahl untergebrachter obdachloser Männer in der Notunterkunft Bremerhaven 2005-2010.....	41
Abbildung 26:	Anteil übergewichtiger Schulanfänger/-innen nach sozialer Lage in der Stadt Bremen 1998-2008	43
Abbildung 27:	Wahlbeteiligung in der Stadt Bremen – Ortsteile mit niedrigsten und höchsten Beteiligungsquoten 1990-2009.....	45
Abbildung 28:	Wahlbeteiligung in der Stadt Bremerhaven.....	45
Abbildung 29:	Alten- und Jugendquotienten in den Ortsteilen der Stadt Bremen 2008.....	47
Abbildung 30:	SGB II–Bezug in den Bremer Ortsteilen (Gruppen).....	50
Abbildung 31:	SGB II-Bezug in den Bremerhavener Ortsteilen 2008	51